

Aus:
Christen in der Demokratie
(Festschrift für Joachim Ziegenrucker)
Hrsg. Heinrich Albertz / Joachim Romsen
Wuppertal 1978, P. Hammer Verlag
(Kopie durch den Autor)

Wolfgang Wiedenmann

Evangelische Studentengemeinde – Kirche an der Hochschule?*

1. Zur Vorgeschichte der ESG

Im letzten Jahrzehnt sind die Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik und Berlin (West) zunehmend öffentlich bekanntgeworden, sei es durch kritische Äußerungen und Aktionen zu kirchlichen oder gesellschaftspolitischen Themen, sei es durch Angriffe auf sie aus Kirche und politisch interessierter Öffentlichkeit – meist kam beides zusammen. Aber: »Ein unkonventioneller und aufmüpfiger Zug ist für ihre Art zu existieren und zu handeln schon seit langer Zeit charakteristisch«; Studentengemeinden waren »nie bequeme Organe der Kirche«¹. Gerade angesichts aktueller Konflikte ist es notwendig, sich das auch an ihrer Herkunft in Erinnerung zu rufen.

Schon der Vorläufer der ESG, die »Deutsche Christliche Studentenvereinigung« (DCSV), hob sich vom damals kirchlich Üblichen deutlich ab: Sie wurde kurz vor der Jahrhundertwende gegründet und war eine pietistisch geprägte *Basisbewegung* in der Hochschule, damals ganz unabhängig von der verfaßten Kirche. In ihrer Bezogenheit auf *biblische Arbeit* unterschied sie sich deutlich auch von anderen zeitgenössischen christlichen Studentenverbänden, die stärker den traditionellen Studentenbünden glichen². Wenig bekannt ist, daß schon damals auch Vorstellungen des Pazifismus und religiös-sozialistische Ideen in der DCSV diskutiert und vertreten

* Joachim Ziegenrucker, der selbst Studentenpfarrer war, hat in dem Sammelband »Studenten und die Kirche« (Wuppertal 1968) mit anderen bereits auf Konflikte hingewiesen, die im letzten Jahrzehnt zwischen Studenten und Gesellschaft, Studentengemeinde und Kirche dann mit Vehemenz ausgebrochen sind. Der folgende Artikel möchte als Dank für vielfältige Beratung, Hilfe und auch für solidarisches Kritik verstanden sein, die der Verfasser und die Studentengemeinde, in der er arbeitet, in diesen Jahren von Joachim Ziegenrucker erfahren haben.

wurden³, etwas, das in den herkömmlichen, eher nationalkonservativ eingestellten christlichen Studentenbünden kaum denkbar war. Anders als vielfach heutiger Pietismus und entgegen dem landeskirchlichen Bekenntnissen war die DCSV von Anfang an *ökumenisch* ausgerichtet. Sie hat, hier vor allem eng verbunden mit der internationalen christlichen Studentenbewegung (heute: World Student Christian Federation – WSCF), der von den etablierten Kirchen zunächst vielfach mit Unverständnis und Mißtrauen bedachten Ökumenischen Bewegung wesentliche Impulse gegeben. Einer der Generalsekretäre der WSCF wurde später Generalsekretär des Weltkirchenrats: Willem A. Visser 't Hooft^{3a}.

Es war ihrem ökumenischen und biblischen Bezug zu verdanken, daß die DCSV 1933 den vom nationalsozialistischen Staat auch den Kirchen auferlegten (und von den unter deutschchristlichem Einfluß stehenden Kirchen auch akzeptierten) Arierparagraphen, d. h. den Ausschluß jüdischer Mitglieder, nicht einführte. Sie stellte sich damit auf die Seite der Bekenntenden Kirche und wurde nach längerem Hin und Her 1938 von den Machthabern verboten. Ihre Mitglieder sammelten sich, gemeinsam mit den (Theologie-)Studenten der Bekenntenden Kirche bei BK-Studentenpfarrern oder anderen BK-Pfarrern⁴; als Selbstbezeichnung wurde der Name »Evangelische Studentengemeinde« eingeführt. Nach 1945 wurden die Studentengemeinden in dieser neuen Gestalt und Arbeitsform, d. h. auch: in Verbindung mit den (landeskirchlichen) Studentenpfarrern, *kirchlich anerkannt*⁵, d. h., die ESG wurde ein Teil der verfaßten Kirche.

Allerdings – und dies ist eine Voraussetzung, die für die Beurteilung heutiger Konflikte im Gedächtnis behalten werden muß –, es kam nicht zu einer Anerkennung der ESGn als Kirchengemeinden im vollen Sinn. Vor allem stand dem offenbar das jeweilige landeskirchliche Bekenntnis im Wege, denn die ESG blieb ökumenisch ausgerichtet. Als weiteres Hindernis wird heute oft die studentische Mobilität genannt, die eine relative Instabilität von ESG-Gremien bedeute, anders als in jahrelang stabilen Ortsgemeinde-Gremien. Aber es mag auch auf seiten der ESG Interesse daran gegeben haben, den landeskirchlichen Rechtsstrukturen nicht zu sehr unterworfen zu werden⁶.

Kirchenrechtlich blieb also der Status der ESG in der Schwebe. Rechtlich »gibt« es bis heute nur die Studentenpfarrämter⁷. Die Vorsicht der Landeskirchen, diese faktisch vorhandenen, nun aus

Kirchensteuermitteln finanzierten, ihre Arbeit selbst bestimmend⁸, bei der Pfarrerrwahl mitbestimmenden Gemeinden rechtlich nur ja nicht aufzuwerten, ist an vielen Verordnungen, Erlassen etc. von Anfang an deutlich zu sehen⁹.

Daß das Gemeindeprinzip der ESG also »nur« theologisch, d. h. »nur« im Glauben begründet ist, nicht aber zugleich auch rechtlich gilt, hat für den Konfliktfall strukturell seine Bedeutung: Für Kirchenleitungen mag dies lange eine Möglichkeit gewesen sein, der ESG stillschweigend ein Stück Freiraum für das experimentelle Hinausdrängen über den hergebrachten Rahmen kirchlichen Lebens zu geben. Andererseits konnten und können gerade im Fall gravierender Konflikte kirchenamtliche Eingriffe (z. B. Abberufung oder Einsetzung von Pfarrern, Mittelkürzungen o. ä.) leichter gegen eine allenfalls durch Wohnheitsrecht geschützte ESG durchgesetzt werden als gegen unbottmäßige Ortsgemeinden.

Für die Studentengemeinden ist es nun im Lauf des letzten Jahrzehnts eine immer häufigere Erfahrung geworden, daß inhaltliche Konflikte auf administrativen Weg »gelöst« wurden, bis hin zu tiefgreifenden Umstrukturierung oder gar der Stilllegung der bisherigen Arbeit durch Entzug von Räumen, Stellen und Mitteln. Es ist heute eine offene Frage, ob nicht die ESG auch ihrerseits – z. B. indem sie sich von den Landeskirchen wieder löst – »administrativen Lösungen« nähertreten könnte – übrigens zum Schaden der Kirche, wie ich meine. Aber auch für die ESG hätte ein solcher Schritt tiefgreifende Folgen, dies würde wieder einen DCSV-ähnlichen Status für sie bedeuten – soll sie das anstreben? Zu fragen ist, was die inhaltlichen Gründe und Ursachen für diese Konstellation sind, was führte eigentlich zu den heutigen Auseinandersetzungen? Dazu ist es nötig, sich zunächst die weitere Geschichte der ESG bis in die Gegenwart zu vergegenwärtigen.

2. ESG und verfaßte Kirche seit 1945 bis zur Studentebewegung

In den Studentengemeinden der ersten Nachkriegszeit war die Sammlung um die Bibel der Mittelpunkt. Der Gottesdienst spielte gegenüber der wöchentlichen Bibelstunde keine so große Rolle. Das galt auch organisatorisch: An einem Abend in der Woche traf sich die Gemeinde, hier wurde »aufgetankt«, hier wurden persönliche,

das Studium betreffende und politische Probleme im Horizont des ausgelegten Bibeltextes intensiv reflektiert. Dem Vortrag des Studentenpfarrers folgte das Gespräch. Diese Arbeitsform hat viele von denen, die der heutigen Studentengemeindearbeit kritisch gegenüberstehen, nachdrücklich geprägt. Am Rande mancher heutigen Auseinandersetzung wird das als biographischer Faktor deutlich und spielt sicherlich eine bedeutende Rolle für die Distanz mancher heutiger Kirchenleitungsvertreter zur heutigen ESG.

Anders als später hatten die Studentengemeinden nach 1945 auch Anteil an der allgemeinen gesellschaftlichen Anerkennung, die die Kirche als »intakt« gebiebene bzw. durch den Widerstand der Bekennernden Kirche gegen den Nationalsozialismus etablierte, moralische Instanz im Deutschland der Nachkriegszeit genoß. Das Ansehen der ESG als zunächst einzige bekanntere studentische Vereinigung, deren Gemeinschaftsform sich von den nun als nationalistisch korrupt geltenden und z. T. zunächst verbotenen Formen des alten studentischen Verbindungswesens abhob, war auch in der Hochschule groß, zumal in der Anfangszeit, als es noch wenig anderes gab. Diensträume für die Studentenpfarrer wurden in Universitätsgebäuden eingerichtet. Studentenpfarrer wurden zu Stiftungs- und Wohnheimkuratorien und anderen universitären Beratungsgremien offiziell und inoffiziell hinzugezogen etc.^{8a}.

Der in diesem Umfeld stattfindende zentrale Bibelabend der ESG war zugleich auch eine Art wöchentliche Vollversammlung der Gemeinde. Hier liefen die Informationen zusammen, Termine wurden abgesprochen, Angelegenheiten von Bedeutung für die Gemeinde wurden verhandelt, die Wahlen für die Vertrauensstudenten fanden dort statt, Veranstaltungen in der Universität wurden diskutiert und organisiert. Bald ergab sich, daß Themen wie die sozialen Nöte der Studenten der Nachkriegszeit, die Probleme der Flüchtlinge aus der DDR, Partnerkontakte zu ESGn in der DDR, der Aufbau des Studiums (studium generale) und die Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung (vielfach wurden ASTen und Studentenparlamente von der ESG mit beschiedt⁹) besonderer Bemühungen bedurften. Neben die Bibelstunde traten daher, vor allem in den größeren Gemeinden, immer mehr thematisch spezialisierte sog. »Kleinkreise« (Gruppen sagen wir heute), die solche Fragen bearbeiteten. In diesen Kreisen entfalteten sich auch Geselligkeit, künstlerische Interessen (vor allem die Chorarbeit der »Kurrende«). Aber dies trat meist *neben* die Bibelstunde, nicht an ihre Stelle.

In Verbindung mit der biblischen Arbeit – und d. h. in bewußter Übernahme christlicher Verantwortung – entstand von Anfang an in der damaligen Studentengemeinde auch das Bewußtsein politischer Verantwortung über die unmittelbar eigenen Angelegenheiten hinaus, so wie auch die verfaßten Studentenschaften sich zu allgemeinen politischen Fragen äußerten. Die politische Verarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und die notwendigen Folgerungen für die eigene Gegenwart wurden zu Arbeitsthemen auch der ESG.

»Heilig Vaterland?« – unter dieser damals provozierenden Frage stand der dritte deutsche Evangelische Studententag 1954 in Heidelberg. Im Vorbereitungsheft heißt es z. B., daß sich ein Bundestagspräsident irre, wenn er (in einer Rede vor korporierten Studenten) die Idee des (deutschen) Reiches für eine unabdingbare Notwendigkeit politischen Zusammenlebens in Deutschland halte. »In unserer Zeit (ist) die Verbindung von Gott und Vaterland nicht mehr möglich ...«¹⁰ Zugleich wird gefolgert, daß die Wiedervereinigung Deutschlands für die jüngere Generation keine drängende *nationale* Aufgabe sei, sondern wenn überhaupt, dann eine Frage menschlicher Solidarität im Horizont des Gedankens der persönlichen Freiheit¹¹. Das Bedürfnis nach persönlicher Freiheit, Ende 1953 festgestellt auch als übereinstimmende Aussage einer Primanerumfrage¹², das war der scheinbar ideologiefreie, doch auch traditionslose Ausgangspunkt für politisches profiliert und nach vielen Seiten auslegbar, die Absage an die nationalsozialistische Vergangenheit war jedoch eindeutig. Die Bibelarbeiten dieses Studententages kontrastierten zudem prononciert den Begriff »Das Reich der Deutschen« mit der biblischen Verkündigung vom »Reich Gottes«¹³. Die große Wirkung dieses Studententages in der westdeutschen Öffentlichkeit »machte offenbar, daß für sehr viele Deutsche die Nachkriegszeit noch nicht begonnen hatte«¹⁴. Es gab also Gegenwind¹⁵, erstes Stirnrunzeln auch aus Landeskirchen. In der Studentenschaft wirkten diese Aussagen der ESG jedoch als befreiend, und »für die evangelischen Studentengemeinden war mit diesem Studententag ... sozusagen der politische Rücken frei geworden«¹⁶. Generell läßt sich sagen, daß Theologie unter den Stichworten »Reich Gottes«, »Königsherrschaft Christi« seit dieser Zeit in den Studentengemeinden eine größere Rolle spielte als in den Landeskirchen.

Bis Anfang der 60er Jahre hatte die ESG zunächst weiter Anteil am kirchlichen Wiederaufbau. Es entstanden eigene Gemeindezentren, die vorhandenen wurden vergrößert, oft in Verbindung mit neuen kirchlichen Studentenheimen. Mit den wachsenden Studentenzahlen wurden die Pfarrämter vergrößert oder geteilt, an Pädagogischen Hochschulen und Höheren Fachschulen wurden eigene Studentengemeinden gegründet, an kleinen Hochschulen oft mitversorgt durch einen Gemeindepfarrer, möglichst aber mit einer eigenen Pfarrstelle. Die Zahl der Gemeinden wuchs auf etwa 140 (BRD und DDR)¹⁷. Mit diesem institutionellen Wachstum gleichzeitig entwickelten sich auch Probleme in der Arbeit der ESG: Die aktive und an Jahren ältere »Kriegsgeneration« wurde abgelöst durch jüngere Studenten, die unsicherer waren; über mangelnde Eigeninitiative und eine wachsende Verbraucher- und Zuschauerhaltung wird geklagt, »auch unter christlichen Studenten begann Sättiertheit sich breit zu machen«. Der Vertrauensrat der ESGiD, ihr oberstes Leitungsgremium, fordert die Gemeinden 1961 auf, ihre Verantwortung im hochschulpolitischen Raum intensiver wahrzunehmen¹⁸! Zugleich nimmt die Selbstverständlichkeit in diesen Jahren ab, mit der die Bibelstunde das Zentrum der Gemeindearbeit bildete; die Wissenschaft als nichtreligiöses Denken und Forschen gewinnt gegenüber der von den Studenten meist noch mitgebrachten, vielfach gebrochene christlichen Tradition ein stärkeres Gewicht; die Hochschule als der gedanklich am weitesten durchsäkularisierte Ort der Gesellschaft macht sich geltend. Die Fragerichtung in der Arbeit an der Bibel veränderte sich, und neue Fragen drängten in die Arbeit der Studentengemeinde hinein, auch neue politische Fragen. Dies ist eine Zeit des intensiven Experimentierens, oft von Gemeinde zu Gemeinde sehr verschieden.

Die theologische Arbeit bleibt zwar zentral. Aber an die Stelle der Auslegung fortlaufender Bibeltexte treten jetzt vielfach Themen wie: Theologie für Nichttheologen, Laientheologie; es geht um die »Sprache des Glaubens heute«. Die Bemühung um ein Stück selbstformulierten Glaubens führt zu neuen Bekenntnisformulierungen und Gottesdienstexperimenten¹⁹. Ein eigenes Gebetbuch entsteht, aber auch: Studentenpfarrer ziehen den Talar aus und werden – für liturgische Abweichung – von ihren Kirchenleitungen z. T. hart getadelt. Aber die Studenten wollen »nicht mehr in zwei Ebenen leben, einmal in der von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen geprägten Welt, zum andern im kirchlichen Ghetto. Man begnügt sich

nicht mehr mit dem Aufsagen unreflektierter Bibelworte und Katechismusstücke«²⁰. Die theologische Entmythologisierungsdiskussion der 50er Jahre wird in den Studentengemeinden intensiv verfolgt, Bonhoeffers Stichwort »nichtreligiöse Interpretation« der Bibel beeindruckt und erweckt Hoffnung, zumal im Kontext seines in diesen Jahren bekannter werdenden Engagements im politischen Widerstand gegen das Naziregime^{20a}. Für die Gemeinden heißt die Frage: »Können wir den Menschen – einzelnen und Gruppen – wirklich Hoffnung und Zukunft predigen, wenn wir für die Sachen und Dinge, für die in der Wissenschaft verobjektivierte Welt, keine Hoffnung haben?«²¹ Für die theologische Arbeit der ESG heißt das der Sache nach, daß sie begann, »die theologische Relevanz der eigenen Situation ernstzunehmen ... Wir lernten, daß es nicht nur den – meist üblichen – Weg vom Text über seine Auslegung zur Anwendung auf die heutige Situation gibt, sondern auch den umgekehrten Weg: Von einem Studium der Situation, einem Engagement in den Sachfragen, hin zu einem besseren, neuen Verständnis der Tradition des Glaubens.«²² 1168 HK Religiöses

Wie nehmen Studentengemeinden in diesen Jahren die Relevanz der eigenen Situation wahr? Kurz gesagt: Sie beschränken sich nicht auf die Hochschulsituation und nicht auf kirchliche Fragen. Im Gegenteil: So wie die Bearbeitung der nationalen Frage werden in den 50er Jahren z. B. die Wiederbewaffnung, der Militärseelsorgevertrag, die Frage der Wehrdienstverweigerung, die Auseinandersetzung um die Atombombenproduktion und -lagerung und die Möglichkeit eines Atomkrieges in den Gemeinden heftig diskutiert. Es gibt engagierte Beteiligung von Gruppen und Gemeinden der ESG an der öffentlichen Auseinandersetzung. Gegen die politische Diskriminierung der Wehrdienstverweigerer hat dann die ESG als Ganze in den 60er Jahren mehrmals Stellung genommen²³, die engagierte Beschäftigung mit Fragen der Friedensforschung und die Wendung gegen den Militarismus gewinnt in diesen Jahren in der ESG einen zunehmend grundsätzlichen Akzent. Mancherorts ist bis heute die Zusammenarbeit der ESG mit den verschiedenen Verbänden der Kriegsdienstgegner selbstverständlich.

Dies Hinausdrängen über die Grenzen der unmittelbaren Hochschulproblematik bis in den Bereich des »Allgemeinpolitischen« ist leicht verständlich zu machen. Wenn z. B. in einem Kleinkreis von Naturwissenschaftlern die christliche Verantwortung des Wissenschaftlers bzw. des Studenten der Naturwissenschaft diskutiert wird,

dann wird – sowenig das im offiziellen Wissenschafts- und Lehrbetrieb vorkommen mag und so ungewöhnlich das naiver Wissenschaftsbegeisterung und dem primären Lerninteresse zunächst vorgekommen ist – die Frage nach der Verantwortung für das wissenschaftliche Ergebnis und seine gesellschaftliche Weiterverwendung notwendig und unvermeidlich in die Erwägungen einbezogen. Das gilt für jeden Bereich, und immer sind viele andere mit betroffen. An der Atombombenfrage z. B. wurde unmittelbar klar, daß sie nicht nur für Physikstudenten wichtig war, an der Frage des Wehr- und möglichen Kriegsdienstes spielte mit Auslaufen der »weißen Jahrgänge« zunehmend auch die unmittelbar eigene Betroffenheit ihre Rolle mit. Und sehr rasch wurde auch erkannt, daß das die Konfrontation mit materiell politischen Fragen bedeutete. Dem ist die ESG nicht ausgewichen. Das Engagement von Gruppen, ganzen Gemeinden oder auch des Gesamtverbands der ESG hat dabei immer zugleich das christliche Motiv, »daß Kirche nur Kirche sein kann, wenn sie Kirche für andere ist« (Bonhoeffer)²². So wie von Anfang an immer auch (Vortrags-)Veranstaltungen in Hochschulräumen zum Programm der ESG gehörten, so nun auch öffentliche Äußerungen zu aktuellen Fragen.

Besonders deutlich sichtbar »von außen« wurde das in einem Bereich, der von Anfang an die Arbeit der DCSV und dann der ESG mitbestimmte: im Ökumenebereich. Hier ist zweierlei zu sehen: Durch die bewußt gelebte ökumenische Zusammengehörigkeit, die Studenten aus verschiedenen landeskirchlichen und freikirchlichen Bekenntnissen in einer Gemeinde zusammenführt, ist die ESG ein Vorgriff auf eine ökumenische Kirche und der Sache nach damit auch ein Angriff auf die überlieferte landeskirchliche Bekenntnisbindung. Das wird von der Studentengemeinde bewußt gelebt und führt notwendigerweise in Spannung. Spannung aber gab es nicht nur den Landeskirchen gegenüber. Daß die ESG sich selbst als Teil der Kirche versteht, mußte gegenüber dem christlichen Studentenweltbund (WSCF) erklärt und vertreten werden. Verstand und versteht sich der WSCF primär als »Bewegung«, die gegenüber den verfaßten Kirchen selbständig ist, so führt die in Deutschland eingegangene Verbindung mit der verfaßten Kirche die ESG zu dem Selbstverständnis einer »Kirche in Bewegung«. Und das wird als Zukunftsaufgabe begriffen: »There is still an ecumenical task before us in our own country. The Studentengemeinde is the best way to get the churches into the Movement with their full minis-

try ...«, formulierte der Generalsekretär der ESG 1956 gegenüber dem Generalkomitee des WSCF²⁴. Was zu dieser Zeit gesagt werden konnte, daß bezogen auf die ökumenische Öffnung »our regional churches are in full agreement in practice, that this service be carried out in full ecumenicity in the Studentengemeinde«²⁵, gilt angesichts der ökumenischen Bemühungen der Verfaßten Kirchen sicherlich immer noch.

In den gleichen Jahren wurde der Begriff des Ökumenischen selbst allmählich erweitert. Bezogen auf diese Erweiterung, haben es die Landeskirchen mit der ESG bis heute jedoch schwer. Dieser neue Aspekt des Ökumenischen entwickelte sich aus den Erfahrungen des zunehmenden Stroms ausländischer Studenten an die westdeutschen Hochschulen, aus den von ihnen mitgebrachten Informationen und Erfahrungen aus Ländern der Dritten Welt, aus den Kontakten mit den dortigen ESGen (student christian movements – SCM) und der damit notwendig verbundenen Konfrontation mit politischen Tatsachen. Dabei geht es mehr und mehr um die Erkenntnis unseres Verflochtenseins in internationale Zusammenhänge. Zunächst mit vielen, oft scheiternden »Betreuungsversuchen« an den ausländischen Kommilitonen beschäftigt, wächst die Einsicht, daß hier Partnerschaft angezeigt sei²⁶. Über die Frage der Integration ausländischer Christen in die Gemeinden hinaus geht es zur Beschäftigung mit ihren Denk- und Lebensvoraussetzungen. Und dabei stößt man über die Feststellung des »kulturellen Schocks«, den ausländische Studenten hier zu verarbeiten haben, auf die Phänomene der Unterentwicklung der Länder der Dritten Welt, auf den Zusammenhang der Folgen des Kolonialismus mit dem relativen eigenen Reichtum. Gegen die Beschäftigung mit dem Problem Israel noch zum Bereich der weiteren Bewältigung der eigenen nationalen Geschichte – so wendet sich die ESG 1959 gegen antisemitische Vorfälle in der Bundesrepublik²⁷ und tritt 1965 für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel ein²⁸ – so fallen Beschäftigung und Engagement zum Algerienkrieg, zum Biafrakonflikt und zum Vietnamkrieg^{29a} in den Bereich des in die Richtung auf internationale Verantwortung weisenden »erweiterten« Begriff Ökumene, der doch die ganz ursprüngliche Bedeutung des Wortes wieder belebt: Es geht um den Erdkreis, um die Menschheit als Ganzes. Um ein einigermaßen zutreffendes Bild der ESG vor der Studentengemeinde zu bekommen, d. h. von ihrer Aufnahme »der theologischen Relevanz unserer Situation«, bleibt noch zweierlei zu erwäh-

nen: Einmal ist in den 60er Jahren (in deutlicher Verflechtung mit den Anfängen der Studentenbewegung) eine Zunahme der hochschulpolitischen Engagements der ESG zu beobachten. Die immer drückender werdenden Verhältnisse an den Massenhochschulen stoßen die Gemeinden notwendig darauf. Es gibt Stellungnahmen zum Erlahmen studentischer Mitarbeit in Hochschulgremien, die mit Deutlichkeit auf die wachsende politische Gängelung (»den erklärten Wunsch, den Willen zur Mitverantwortung auf den isolierten Bereich der Studentenschaft zu fixieren«) zurückgeführt wird (1961)²⁹. Die Gemeinden wenden sich, wie es in Leitsätzen von 1962 heißt, den in der Hochschule auftretenden Problemen unter drei Fragestellungen zu: »1. Die Frage nach dem Studium, 2. Die Frage nach den Lebensbedingungen der Studenten, 3. Die Frage nach der Stellung der Studenten an der Hochschule und in Staat und Gesellschaft.« Rechtliche Absicherung und stärkere wirtschaftliche Selbständigkeit der Verfaßten Studentenschaft werden gefordert³⁰. Es reicht jetzt nicht mehr aus, in Arbeitskreisen nach dem Sinn des Studiums zu fragen und in der Einzelseelsorge Hilfesuchenden beizustehen. Wachsendes psychisches und soziales Elend unter den Studenten führt die Studienverhältnisse und ihre Hintergründe ins Blickfeld, und damit wiederum das sie bedingende politische Umfeld. Die Studentengemeinde im Horizont des »Kirche sein für andere« versteht sich so immer stärker auch als Gemeinde für die Hochschule, als Hochschulgemeinde, die sich den notwendigen Auseinandersetzungen an der Hochschule stellt, sie in sich austrägt und dabei starke Spannungen zu ertragen hat (vgl. »Thesen zur Gespaltenheit des politischen Urteils«, 1964³¹, und die intensiven Diskussionen um die Gemeindestruktur in diesen Jahren^{31a}) bis hin zu der Möglichkeit des parteilichen politischen Engagements. So heißt es im Gesamtbericht des Generalsekretärs, nun schon in deutlichem Kontext zur entfalteten Rebellion der Studenten in der Zeit der Apo 1968:

»Wenn sich das politische Handeln der Gemeinde an der Gewißheit der kommenden Gottesherrschaft orientiert, kann die Frage gar nicht mehr sein, ob sie Partei ergreifen darf oder nicht. Natürlich darf sie es. Sie muß es sogar, um zu verhindern, daß der Kampf der Parteien solche Formen annimmt, daß Friede, Freiheit und Gerechtigkeit dabei gar nicht herauskommen können, ganz gleich, welche Seite den Kampf gewinnt. Nur im parteilichen Engagement kann die Gemeinde bezeugen, daß es bei der

rationalen Planung um die Liebe geht, bei der revolutionären Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse um den Durchbruch der Freiheit und bei dem Fortschritt der Wissenschaft um die Wahrheit.«³²

Es geschieht nun etwa seit Ende der 50er Jahre, daß sich das Verhältnis leitender Gremien und Personen der verfaßten Kirchen zur Studentengemeinde deutlich zu trüben beginnt, und zwar, wie man gleich hinzufügen muß, im gleichen Zeitraum, als auch konservative christdemokratische Kreise beginnen, an der Arbeit der Studentengemeinden öffentliche Kritik zu üben. 1961 erklärte Kai Uwe von Hassel, damals Ministerpräsident in Kiel, unter Hinweis auf angeblich »extreme politische Gedankengänge einer ganzen Reihe evangelischer Studentenfarrer«, daß Studenten über sie »zum Objekt kommunistischer Unterwanderung werden könnten«³³. Der Theologieprofessor Helmuth Thielicke, einst Förderer der Studentengemeinde der Nachkriegszeit und anfangs selbst Studentenfarrer, greift 1961 die Studentengemeinden wegen »einseitiger theologischer und politischer Richtung« an und bemerkt, das sei »auch eine personalpolitische Frage«³⁴! Es beginnt an vielen Orten ein zähes Ringen um das Verständlichmachen der Arbeit der ESG in der Kirche, öffentliche und interne Auseinandersetzungen drücken die Spannung aus, die sich allmählich aufbaut. In einem Rundfunkkommentar sagt der Berliner Studentenfarrer Reinhard Tietz 1966:

»Die Studentengemeinden sind Sorgenkinder geworden. Zwar bescheinigt man ihrer Arbeit, sie sei »exemplarisch interessant«... aber der väterlich-mißtrauische Unterton ist nicht zu überhören, wenn Bischöfe und Kirchenleitungen sich erkundigen: »Was machen Sie eigentlich?« oder gar: »Wie viele Studenten haben Sie überhaupt?«, Einseitigkeit, Widerspenstigkeit gegen die kirchliche Ordnung, fehlende missionarische Aktivität – die Vorwürfe häufen sich: »Anstatt daß die Studentengemeinden Deutschlands studierende Jugend für Christus gewinnen, fördern sie die schleichende Entkirchlichung.«³⁵

In dieser Zeit beginnen Kirchenleitungen nicht mehr nur vereinzelt aus inhaltlichem Dissens mit der »Richtung« der Studentengemeinde-Arbeit auch administrative Konsequenzen zu ziehen. Erste Mittelkürzungen kommen vor, Pfarrer werden abberufen oder resignieren, Umstrukturierungsversuche werden propagiert^{35a}. Der Versuch des Verstehens zwischen Kirchenleitungen und Studenten-

gemeinden, mit großem Einsatz immer wieder in Angriff genommen, erweist sich als immer schwieriger. Ein Bischof sagt 1967 öffentlich: »Müssen wir nicht bei der Studentengemeinde von der Nichtidentität eines Gesamtkirchlichen Dienstes mit der verfaßten Kirche reden?«³⁶ – d. h.: Konsequenzen kündigen sich an. Es scheint, als sei der Versuch der Studentengemeinde in Deutschland, »Kirche in Bewegung«, das »Experimentierfeld der Kirche an der Hochschule«, »Kirche an der Hochschule« zu sein, ja die Hoffnung »to get the Churches into the Movement with their full ministry«, an der institutionellen Unbeweglichkeit der Verfaßten Kirche gescheitert.

Doch trägt dieses Bild auch. Nicht in allen Kirchen ist die Kluft so unüberbrückbar, nicht überall mißlingt der Versuch, im Gespräch zu bleiben. In dieser Zeit bewähren sich vielfach regional unterschiedliche Traditionen der Landeskirchen, und mancherorts ist man konfliktfähiger als anderwärts. In einer Landeskirche wird sogar die kirchenrechtliche Anerkennung der ESG nachgeholt³⁷. Und nachdem im Oktober 1967 die leitenden Gremien der »Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland« (ESGiD) ihre Auflösung zugunsten zweier, nun selbständiger Verbände, der »ESG in der BRD und Berlin/W.« und der »ESG in der DDR«, bekanntgeben, zunächst unter heftiger Kritik aus der gesamten Evangelischen Kirche der Bundesrepublik, zeigt sich nur wenige Jahre später, daß die verfaßten Kirchen der politischen Entwicklung in ganz entsprechender Weise Rechnung tragen. Eine Formulierung der ESG von 1967 zu dem Verhältnis zwischen den beiden Verbänden, daß »unter dem Bemühen um Gemeinsamkeit auf keinen Fall die notwendige Eigenverantwortlichkeit und Klarheit bei der Erfüllung der Aufgaben im jeweiligen eigenen Lebensbereich (sc. der BRD und der DDR, Verf.) leiden darf«³⁸, ist für das Verhältnis der Kirchen in den beiden deutschen Staaten inzwischen selbstverständliches Allgemeingut. Auch Gottesdienstexperimente, wie sie die ESG seit den fünfziger Jahren versuchte, sind heute allenthalben in Ortsgemeinden üblich geworden. Oder auch die Frage »Religion – Naturwissenschaft« ist als Problemstellung heute geradezu ein kirchliches Lieblingsthema. Man kann also fragen: ESG als Teil der Kirche ein Vorreiter und Experimentierfeld der Kirche, auch unter unharmonischen Vorzeichen – ist das eine Möglichkeit für das künftige Verhältnis von verfaßter Kirche und ESG?

3. ESG und verfaßte Kirche im Zeichen der Studentenbewegung

Im folgenden verschiebt sich der Gesichtspunkt der Darstellung. Der Verfasser ist selbst Studentenfarrer, eingesetzt von seiner Landeskirche zum Dienst in einer Studentengemeinde, die »im Zeichen der Studentenbewegung« stand und in gewisser Weise auch noch steht. Aus dem Erzählen nach Geschichtsquellen wird jetzt Auseinandersetzung mit eigener Erfahrung. D. h., das systematische Interesse an der Bewältigung einer nicht nur für ihn selbst und seine Gemeinde, sondern für die Kirche insgesamt heute aktuellen Situation schiebt sich noch mehr in den Vordergrund.

Ausgangspunkt dafür ist die Erfahrung, daß in den Jahren während und nach der Studentenbewegung sich das Verhältnis zwischen verfaßter Kirche und ESG immer mehr verschlechtert hat. Inzwischen *sind* an mehreren Stellen administrative Konsequenzen gezogen worden. So z. B. durch die Bildung von ortskirchlich geleiteten »Beiräten« zur Entscheidung über inhaltliche Arbeit und Mittel der ESG, in denen die Studentengemeinde nur als Minderheit vertreten ist (Württemberg), durch die Errichtung neuer Arbeitsstellen für kirchliche Studentenarbeit neben der ESG (Hamburg) oder durch Schließung des Hauses und den Versuch der Bildung einer neuen Studentengemeinde statt der alten durch die Einsetzung neuer Pfarrer (Hannover). Der Erlaß inhaltlicher Richtlinien unter (beschränkter) Mitbestimmung der ESG (Hessen-Nassau) war noch die mildeste Form des Versuchs, die Arbeit der ESG inhaltlich zu begrenzen. Offenbar ist für Kirchenleitungen der inhaltliche Weg der ESG so unerträglich geworden, daß diese Reaktionen ihnen notwendig wurden³⁹. Was führte dazu?

a) Die Voraussetzungen dafür, daß Kirchenleitungen zu solchen Maßnahmen griffen und greifen, liegen nicht allein im Verhältnis von »ESG« einerseits und »Kirchenleitung« andererseits begründet. Auf die Veränderung der Beziehungen zwischen diesen kirchlichen Partnern wirken die seit Mitte der 60er Jahre zwischen Hochschule und Gesellschaft zunächst schleichend, dann eruptiv ausgetragenen Konflikte sehr stark ein. Der z. B. in Pressekampagnen nun fast regelmäßig von CDU, RCDS oder anderen konservativen Gruppierungen ausgehende politische Druck auf Kirchenleitungen wegen »einseitiger«, »kommunistischer«, »marxistischer«, »unchristlicher« Umtriebe der ESG und die im Konfliktfall heftige Kritik von links

aus der Hochschule und darüber hinaus belegen das vielfach. Und wie auch gesamtgesellschaftlich der Konflikt zwischen Hochschule und Gesellschaft nicht als isoliertes Phänomen werden kann, wenn man ihn überhaupt verstehen will, so ist es wichtig zu sehen, daß sich in der Kirche auch auf vielen anderen Gebieten in der Sache derselbe Konflikt abspielt – etwa im Streit um Konzeptionen des Religions- und Konfirmandenunterrichts, der kirchlichen Jugendarbeit, der kirchlichen Sozialarbeit (Diakonie ebenso wie Industriearbeit), im Streit um die kirchliche Ausbildung aller Ebenen oder um Gottesdienst- und Gemeindekonzeptionen.

Ein Grund dafür ist, daß in der verfaßten Kirche wie in der ESG bestimmte Geschichtstraditionen und unbewältigte Lasten der Geschichte dieses Landes ihre wirksame Rolle spielen – und zwar seltener im bewußten Rückgriff als im selbstverständlichen und vielfach undurchschauten Weitertragen. Während eines laufenden Konflikts ist es fast nie möglich, darauf zu rekurrieren. Mit aller Härte kommt das an dem meist im Mittelpunkt solcher Streitigkeiten stehenden Problem heraus, *wie man es in Sachen Politik und in Sachen Theologie mit Sozialismus und Kommunismus halte*. Gerade wenn man mit südeuropäischen oder gar mit Ländern der Dritten Welt vergleicht, wird die spezifische Last der deutschen Geschichte mit diesem Problem deutlich: Die faktische Ausrottung der deutschen Linken durch den Nationalsozialismus mit ihrer spezifisch deutschen Vorgeschichte seit Mitte des 19. Jahrhunderts, die Geschichte der deutschen Kirchen mit der sozialistischen Arbeiterbewegung, d. h. die historisch belastete Haltung der Kirche zu Gesellschaftsveränderung und Revolution und umgekehrt die daraus sich ergebende Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung mit der Kirche bis in grundsätzliche inhaltliche Positionen hinein – und die aus alledem resultierenden inhaltlichen, emotional tiefsitzenden Abwehrhaltungen beiderseits – das sind sehr andere historische Voraussetzungen für das Verhältnis von christlichem Glauben und Sozialismus als z. B. in Frankreich, Italien oder heute in Lateinamerika. Religiöse oder christliche Sozialisten sind in unserem Land immer heftig bekämpfte Ausnahmeerscheinungen gewesen, etwas, was sich nicht von selbst verstand. Selbstverständlich war eher die harte Gegenposition. Daß es damit in anderen Ländern und Kirchen z. T. sehr anders steht, ist hierzulande wenig bekannt und wird auch nicht gern zur Kenntnis genommen. Daß z. B. der (Schweizer!) »Kirchenvater des 20. Jahrhunderts«, Karl Barth, zeit seines Lebens

politisch sozialistische Vorstellungen vertreten hat und daß das mit seiner Theologie zusammenhängt, ist dafür ein schlagendes Beispiel; in der offiziellen deutschen Theologie wurde das weitgehend verdrängt.

Dazu kommt der nationale Niederbruch des Deutschen Reichs von 1945, der bald fast nur noch als Niederlage gegen das diktatorische Sowjetrußland empfunden wurde, da diejenigen Sieger, die den Krieg mit ihrer Wirtschaftsmacht entschieden hatten, sich im Westen ideologisch und wirtschaftlich schnell zu Bündnispartnern gegen »den Osten« machten. Daraus und aus der Lage Westdeutschlands am Eisernen Vorhang folgte in der Nachkriegsgeschichte die schnelle Restauration klar antisozialistischer Verhältnisse und Bewußtseinslagen.

All das wirkt in das Verhältnis einer Studentengemeine mit ihrer verfaßten Kirche hinein. Jeder sieht zudem den anderen deutlich oder undeutlich verbunden mit einem gesellschaftlichen Hintergrund. Dies bildet jedenfalls schwerpunktmäßig den Erfahrungshorizont, der sich beiderseits allmählich oder immer wieder etabliert und von dem die Kontroversen und Reaktionen weitgehend getragen werden. An »Ergebnissen« solcher Konflikte ist manchmal erschreckend deutlich abzulesen, *daß es wenig spezifisch kirchliche Unabhängigkeit* gegenüber solchen Faktoren von Konflikten gibt – ja wenig Bereitschaft, nach ihnen zu fragen. Wenn es z. B. im Brief eines Oberkirchenrats an den Generalsekretär der ESG in der BRD und Berlin/W. 1974 heißt: »... Es wäre besser, wenn die Studentengemeinden (sc. bei öffentlichen Äußerungen der ESG) ein besseres Gespür für das theologisch Richtige, kirchlich Verantwortbare und politisch Zweckmäßige erkennen ließen«, so spricht aus diesen Formulierungen deutlich die Neigung, sich der gesamtgesellschaftlichen Atmosphäre gegenüber lieber vorsichtig zurückzuhalten, statt das als theologisch kirchlich und politisch notwendig Erkannte entschieden zu sagen und zu vertreten. Dann aber wird Unruhe leicht zu Schrecken. Der fordernde Stachel, der durch die Studentengemeinde auch der letzten zehn Jahre der Kirche gesetzt wurde, heißt aber, daß die berechtigte Sorge um Bestehendes nicht in der mit jeder Institutionalisierung notwendig auch gesetzten Tendenz zur Einbindung in gesellschaftlichen Konsens aufgehen darf. Denn damit bleibt man in der angstbegrenzten Hemmung stecken, die sich gegen radikal vorgetragene Anfragen, Vorwürfe und neue Verwirklichung christlichen Glaubens zunächst immer heftig wehrt.

Daß die Äußerungen und Aktionen der ESG für Kirchenleitungen oder eine Mehrheit (?) von Kirchenmitgliedern immer sehr verständlich waren oder auch nur sein konnten, wird man nicht behaupten können. Es geht hier nicht darum, die ESG jeder Kritik zu entziehen, sie hat Fehler gemacht. Es ist aber berechtigt festzustellen, daß die administrativen Reaktionen von seiten mancher Kirchenleitungen den gesellschaftspolitisch vordergründig und hintergründig einwirkenden Faktoren viel mehr ausgeliefert waren und sind, als sie sich dem Begreifen der mit den Äußerungen der Studentengemeinde an Kirche und Gesellschaft gestellten dringenden Fragen verdanken.

Dies zu sehen heißt, sich damit nicht zufriedengeben. Konflikte »auszutragen« (es wäre gut, allmählich diesen Begriff in seiner tiefgründigen Doppeldeutigkeit ernst zu nehmen) heißt, sehen zu lernen, daß es in, mit und unter aktuellen Konflikten und Streitfragen, die sich oft in sinnlosen und zerstörenden »Konsequenzen« entladen, um Probleme geht, die auf die Kirche (eingeschlossen die ESG!) insgesamt warten und daß am Streit um die ESG einstweilen nur schärfer deutlich wird, was in den nächsten Jahrzehnten auf die Kirche insgesamt zukommen dürfte. Das gilt auch weiterhin. In den letzten beiden Jahren scheinen zwar die Universitäten unter dem Griff der vielfältigen Restriktionen »ruhiger« zu werden, die aus der Studentenbewegung entstandenen K-Gruppen kommen z. T. in die Krise, allgemein breitet sich Resignation aus. Die Kirche aber reagiert darauf, indem sie an manchen Stellen durch die vermehrte Einrichtung von caritativen und psychotherapeutischen Arbeitsstellen sich den unmittelbar ins Auge fallenden Leiden und Notständen unter den Studenten widmet. Das ist sehr notwendig, aber es haftet solchen kirchlichen Aktivitäten zugleich etwas an, das Ursachen und tiefersitzende Probleme verschleiert und zudeckt. Denn die politischen Ursachen der Resignation und des psychischen Elends werden nicht mehr mitbearbeitet. Sich mit solchen »Lösungen« zufriedenzugeben hilft einzelnen wie der Kirche nur oberflächlich weiter und führt schon in der Praxis schnell wieder vor Aporien. Denn an dem politischen Problem der Ursachen dieses an den Hochschulen sich ausbreitenden Elends kommt man nicht vorbei, es meldet sich dann unbearbeitet um so heftiger.

Das heißt: Ich habe den deutlichen Eindruck einer sich ausbreitenden Verflachung der inhaltlichen Diskussion in der Kirche. Indikator dafür ist, daß in Sachen Sozialismus kirchenpolitisch in den

letzten Jahren die Anlehnung an gesellschaftlichen Konsens unübersehbar geworden ist, was z. B. in der gedanklich sich immer mehr verfestigenden apologetischen Haltung der offiziellen (d. h. von Landeskirchen offiziell geäußerten und in Handlung gesetzten) Theologie des Marxismus gegenüber zum Ausdruck kommt⁴¹. Daß das hauptsächliche Gegenargument gegen den Marxismus, der Atheismusvorwurf, überhaupt nur deshalb möglich ist, weil Kirche und sozialistische Bewegung in Deutschland ihre spezifische Geschichte miteinander haben, scheint in unserem Land tauben Ohren gepredigt; daß es Kirchen und Marxisten in anderen Ländern anders miteinander halten, wird nicht wahrgenommen bzw. man wendet sich dagegen. Wenn jetzt gelegentlich fast aufatmend festgestellt werden kann, die Frage des Marxismus sei zum »Ladenhüter« geworden, an dem nur noch Studentengemeinden sich festbeißen⁴², zeigt sich, daß diese bisher unbewältigten Fragen nur allzugern in eine »böse Vergangenheit« zurückgeschoben werden, in der irrigen Hoffnung, sie damit schon überstanden zu haben. Es ist schon jetzt so, daß gar nicht nur die Studentengemeinde sich weiterhin mit den durch den Marxismus gestellten Fragen beschäftigt. Ich sehe die Gefahr, daß vor allem von Kirchenleitungen wieder versucht wird, die historische Problemlösung der Verdrängung der Linken aus der Kirche zu wiederholen und den Aufruf zur kirchlichen – und das heißt theologischen – Souveränität ein weiteres Mal zu überhören, der im Marxismus liegt.

Denn es geht dabei überhaupt nicht darum, sich unter das Joch einer Philosophie oder Weltanschauung zu begeben; das aber sieht man, wenn erkannt wird, daß der Marxismus die Kirche und ihre Theologie vor allem »an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und das Zusammenleben der Menschen im Diesseits« gemahnt⁴³. Das heißt: Es geht um das rechte Verstehen des Evangeliums im Angesicht der Anfragen des Marxismus und der sozialistischen Bewegung. Das sind keine Anfragen akademischer Art. Die Kirche in diesem Land wird sich angesichts der weltweiten Kämpfe um Befreiung aus dem Griff der mächtigen Industriestaaten (zu denen wir gehören!) in den nächsten Jahrzehnten kaum weiter mit theologischer Apologetik und kurzatmigen Problemlösungen begnügen können, ohne in ihrer Verkündigung immer unglaubwürdiger zu werden.

b) Wenn es stimmt, daß die Auseinandersetzungen um die Studentengemeinde in den letzten zehn Jahren ein lehrreicher Vorgang für

künftig auf die Kirche insgesamt zukommenden Probleme sind, mag es sinnvoll sein, ins Gedächtnis zu rufen, was eine Studentengemeinde in der Zeit der Studentenrebellion und der sich daraus entwickelnden Neuentdeckung des Marxismus gelernt hat, warum sie also ist, wie sie ist, und was davon (das sei gleich gesagt!) mit ihrem vielberufenen »Image«, einseitig, unversöhnlich, ja unchristlich zu sein, übereinstimmt und was nicht.

Zunächst eine wichtige Feststellung: Strukturell hat sich gegenüber der Mitte der 60er Jahre an den Gemeinden insgesamt wenig geändert. Die Gemeinden bestehen im großen und ganzen aus Arbeitsgruppen, die theologischen, hochschulpolitischen, sozialen Fragen nachgehen, die gesellschaftspolitische Fragen bis in die internationalen Zusammenhänge hinein behandeln und eine vielfältige musische Arbeit und Geselligkeit treiben. Dabei überschneidet sich manches, so daß der Mangel einer regelmäßigen gemeinsamen Veranstaltung, wie der der früheren Bibelstunde (die es auch in betont konservativen Gemeinden so nicht mehr gibt), für den Zusammenhalt der Gemeinde oft nicht so sehr ins Gewicht fällt. Die Mitarbeiter der verschiedenen Gruppen treffen sich vielfältig informell, im Haus auf Gesamtfreizeiten und -seminaren, bei Festen, z. T. auch in den Gottesdiensten oder beim wöchentlichen Gemeinderat und den Vollversammlungen, außerdem bei gesamtgemeindlichen Aktionen.

Dies letzte ist nun ein wichtiges, neues Element: Selbst wenn in Studentengemeinden viel Theorie getrieben wird (Seminargemeinde wird die ESG gelegentlich noch heute gescholten⁴¹!), so ist als Erbe der Studentenbewegung der Anspruch lebendig, daß sich an der Praxis erweist, ob das Gedachte nicht Allotria ist und daß praktische Erfahrung die Bemühung des Begriffs notwendig macht. Praxis hieß und heißt in der ESG bis heute 1. praktische (gegenseitige) Hilfe. Gerade in solchen Gemeinden, die die Motive der Studentenbewegung aufgenommen haben, geschieht eine intensive seelsorgerliche, beratende und therapeutische Tätigkeit in Verbindung mit materieller Hilfeleistung aller Art, und zwar in Einzel- und Gruppenaktivitäten. Die Sensibilität für eigene Probleme und die Probleme anderer ist sprunghaft angestiegen. Weiter haben die Studentengemeinden in großem Umfang materielle Hilfe und Rechts-hilfe für ausländische Kommilitonen in Gang gebracht, hier sehr oft in Zusammenarbeit mit ASten und den Nationalvereinen der Ausländer. Sie kümmern sich um Probleme von Kranken, psychisch

WGS

Kranken und Strafgefangenen (dies erwächst oft aus Besuchen oder Chorkonzerten in Strafanstalten), sie bemühen sich um ausgeflippte Jugendliche, Fürsorgezöglinge, Obdachlose, Drogenabhängige – oft zunächst naiv und mit geringer Sachkenntnis, was dann zu vermehrter inhaltlicher Arbeit führt. Eine große Zahl von Projekten sind von der ESG auf diesen Gebieten in den letzten Jahren initiiert und mitinitiiert worden⁴². Dazu gehört auch weiter die Beratungsarbeit für Wehrdienstverweigerer und die dazugehörige Gruppenarbeit mit Zivildienstleistenden. – Praxis heißt seit der Studentenbewegung 2. auch, daß Ergebnisse praktischer und theoretischer Arbeit veröffentlicht werden. Dies ist die eine Quelle der gegen früher vergrößerten Öffentlichkeitsarbeit der ESG, die damit teilhat an dem neuen Verständnis von Öffentlichkeit: Man setzt seine Arbeit öffentlicher Kritik aus und versucht selbst, auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluß zu nehmen. Die Ansätze einer Selbstorganisation von Öffentlichkeit, die sich nicht mit gegebenen kommerziellen Medien begnügt, sind wesentliche, vielleicht bleibende Errungenschaften der Studentenbewegung mit großer Bedeutung für das studentische Bewußtsein bis heute – vielleicht sind sie gerade deshalb »von außen« vielfach mit Mißtrauen und Unverständnis angesehen. Hierzu gehört auch das öffentliche Reagieren und der Versuch der Einflußnahme auf politische Entwicklungen und Geschehnisse über die Hochschule hinaus, bis in die internationalen Zusammenhänge. Dies ist die andere Quelle der auffällig verstärkten Öffentlichkeitsarbeit auch der ESG, wiederum auffällig nicht im Hochschulbereich, dort ist dies normal, sondern von außerhalb gesehen. – Und schließlich gehört 3. hierher die mit Flugblättern, Infos, Dokumentationen, Readern oft verbundene Weise, Praxis nun auch als politische Aktion zur Aufklärung und Beeinflussung der allgemeinen Öffentlichkeit zu verstehen und zu bestätigen – vom lustigen, galligen, ätzend-ironischen und oft geistvollen Happening der Anfangszeit bis zu den bald auch einsetzenden Massendemonstrationen.

»Wir haben in aller Sachlichkeit über den Krieg in Vietnam informiert, obwohl wir erlebt haben, daß wir die unvorstellbarsten Einzelheiten über die amerikanische Politik in Vietnam zitieren können, ohne daß die Phantasie unserer Nachbarn in Gang gekommen wäre, aber daß wir nur einen Rasen zu betreten durften, dessen Betreten verboten ist, um ehrliches, allgemeines und nachhaltiges Grauen zu erregen ... Da sind wir auf den Gedan-

45b

ken gekommen, daß wir erst den Rasen zerstören müssen, bevor wir die Lügen über Vietnam zerstören können... «^{45a}

Von einem Beteiligten präzise ausgedrückt ist dies der Kerngedanke dieser Aktionsform, mit Hilfe von Provokation dringende Anfragen und Informationen über die Schwelle des gesellschaftlichen Vergessen(wollens) hinwegzubringen, an Adressaten, denen man eine – wenn auch erzwungene – Sensibilität zutrauen will. Das heißt aber: Diese Provokation (deutsch: Herausrufen!) bedeutet ein wenn auch schrilles Signal der Hoffnung ins »Establishment«! Es zeigte sich rasch, daß von den Studenten die Aufnahmefähigkeit der Etablierten falsch eingeschätzt wurde: Lang ehe die Inhalte den mit diesen Aktionen Angeredeten ins Bewußtsein drangen, hat sich an den Aktionsformen die Abwehr aufgebaut (und wurde z. T. gezielt aufgebaut).^{45b} Auch viel von dem Widerstand in Synoden und Kirchenleitungen gegen das Agieren der Studentengemeinden in diesen Formen verdankte sich zunächst einfach dem Verletztsein eines Gefühls für Bürgerlich-Schickliches. Aber war damit nicht auch klar, daß die Studenten so unrecht nicht hatten? – Praxis bedeutete schließlich 4. Das Wagnis, individuelle und kollektive Emanzipation auch in neuen Lebensformen experimentell zu erproben, es also auch in diesen Bereichen (Partnerschaft, Sexualität, Wohnformen, Versuche zur Überwindung unsolidarischen Verhaltens) nicht bei Theorie und Wunschtraum zu lassen. Auch hierzu sind die Studentengemeinden z. T. bis heute beteiligt, und auch dies war kirchlich zunächst oft einfach shocking – unmittelbar erkennbar z. B. an Streitigkeiten um neue Hausordnungen in kirchlichen Wohnheimen.

Es ist deutlich, daß es nicht formal oder aus Lust am »Putzmachen« um die Durchbrechung hergebrachter Formen ging, auch wenn das als Erlebnis von Befreiung immer seine Rolle mitspielte (bis heute). Es ging um Inhalte, und dies beides – Aktionsform und Inhalt – gehört zusammen, wie auch die Konflikte zwischen ESG und Kirchenleitung inhaltliche Konflikte waren und sind, auch wenn viel zu wenig inhaltlich gestritten werden kann. Das macht auch der Blick auf das gesellschaftspolitische Umfeld deutlich: Die Studentenbewegung entstand zu einer Zeit, die auf die Bildung einer großen Koalition zur Bewältigung der ersten wirtschaftlichen Krise der Bundesrepublik zutrieb; erste Streiks und der Kampf um die tief in das demokratische Bewußtsein und die Substanz der Verfassung eingreifenden Notstandsgesetze bildeten wesentliche Voraussetzungen;

46

die Studenten konnten ernstlich das Bewußtsein haben, nach dem Wegfall einer effektiven parlamentarischen Opposition und dem allmählichen Weg der SPD zur Volkspartei eine notwendige außerparlamentarische Opposition zu bilden. Zugleich aber war die Studentenbewegung auch ein internationales Ereignis.

»Da haben sich von Berkeley über Tokio bis nach Berlin junge Leute, vor allem Studenten, in kurzer Zeit gegenseitig angesteckt mit einer ungewohnten Empfindlichkeit für die Unmenschlichkeiten um sie her, für die Verarmungen und Entartungen, in die sie das Leben unzähliger Menschen und auch ihr eigenes Leben hineingezwungen sahen. Das Morden in Vietnam, das Hungern und Foltern in Lateinamerika, ebenso die Zustände im nächsten Knast und in der nächsten Fabrik [ebenso die Zustände an der Hochschule, Verf.] – nichts konnten sie mehr von sich fernhalten, alles rückte ihnen auf die Haut und fragte sie: Muß das so sein? Muß das so bleiben? Was tust Du dazu, daß es so bleibt – oder dazu, daß es geändert wird?«⁴⁶

Diese bohrende Frage Was tust Du dazu? und die Einsicht, daß von Menschen gemachte Verhältnisse auch von Menschen änderbar sein müssen, dazu die Erfahrung, daß sich zunächst wirklich einiges zu bewegen schien, und zwar auf vielen Gebieten, das machte die Kraft und die Bedeutung dieser Studentenrebellion für die unmittelbar Beteiligten wie für die Gesellschaft insgesamt aus.

Eingeklagt wurde die konkrete (kein Grundwort der neuen Bewegung!) Verwirklichung der Grundrechte: Menschenwürde für alle, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Chancengleichheit, Gleichberechtigung durch die Schaffung der gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür. Deshalb führte die Konkretion in der Entlarvung des Bestehenden wie in der Forderung nach Emanzipation und Demokratisierung immer mehr darauf, die in unserer Gesellschaft bis dahin verdrängen, vergessen und verbotenen Ideen des Sozialismus neu zu entdecken. Das bis dahin in diesem Land Undenkbare wurde – wenigstens – denkbar, und dies ging ein in den radikaldemokratischen Protest. Bei der Mehrheit der Studenten geschah dies zudem in dem Bewußtsein, dafür das Grundgesetz dieser Republik auf ihrer Seite zu haben. Die Grundrechte sind (anders als in Weimar) geltendes Recht, und sozialistische Positionen sind (siehe z. B. Art. 14 und 15 GG) vom Grundgesetz gedeckt.

Als aber die massiven gesellschaftlichen Widerstände sichtbar

wurden – Durchsetzung der Notstandsgesetze, Pressehetze gegen die »Langhaarigen« unter Aufputschung von Angst und Haß, massiver Einsatz der Staatsmacht gegen Demonstrationen, das Erlebnis des ersten Toten (Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967) –, da wurde es immer dringender, sich dieses zunächst mit Unverständnis und fassungsloser Empörung erfahrene »repressive« Durchgreifen der Staatsmacht in dieser Demokratie nach seinen konkreten, d. h. dies staatliche Handeln mit Notwendigkeit begründenden Ursachen klarzumachen. Und der Marxismus konnte und kann diese Repression erklären. Vor allem die praktischen Erfahrungen, führten zur intensiven Durcharbeitung der marxistischen politischen Ökonomie, Revolutionstheorie und des historischen und dialektischen Materialismus, zur Vergegenwärtigung der diesen Studenten wie auch ihren Eltern unbekannt gewordenen oder gebliebenen Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung – aus Büchern. Dies führte zur Vertiefung und zum Grundsätzlich-Werden der Kritik an Kapitalismus, Imperialismus und bisher etablierten Sozialismen. Da es eine sozialistische Partei mit gesellschaftlicher Erfahrung in diesem Land aber nicht gab, führten Buchstudium und vielfältige Praxisansätze aus dem Elfenbeinturm (und in ihm) in der Folge des Scheiterns der eigentlichen Studentenrebellion nach 1969 zur Bildung von vielen in sich gespaltenen Initiativen, Grüppchen und »Partei-Ansätzen«. Es gab keine politische Linke, an der Orientierung möglich war, es gab nur die Bücher und die immer neue (oft nicht eingestehbare) Erfahrung des Scheiterns, bis hin zu dem Erlebnis, daß seit Anfang der 70er Jahre die angegriffene Gesellschaft sich in entgegengesetzter Richtung zu verändern begann: Sehr gezielt wurde die Linke immer mehr eingeschnürt und kriminalisiert. Gegen einzelne und Gruppen wurde gnadenlos zurückgeschlagen – bis hin zu dem heute fast schon selbstverständlich gewordenen McCarthyismus in allen Bereichen. Gegenwärtig (1977) haben wir es mit verbreiteter Resignation und deshalb mit einer Linken an den Hochschulen zu tun, deren Traditionsverbindung mit der Studentenbewegung trotz des Weiterbestehens mancher Nachfolgeorganisationen vielfach abgerissen ist. Es gibt eine gewisse Theoriemüdigkeit, die aber einhergeht mit einer neuen Tendenz zum antiautoritären Fühlen, dabei oft ohne konkrete Perspektive der Hoffnung gegenüber einem nun als festgefügt und unveränderlich erscheinenden Staatsgebilde: Das kapitalistische und imperialistische Monster, das Berufsverbote ausspricht, Lebens-

chancen zerstört, in Arbeitslosigkeit stürzt und dem nicht mehr beizukommen ist. Das ist eine gefährliche Situation für viele einzelne wie für die Hochschule, und es ist vergiftend für diese Republik. Mit polizeilicher Aufrüstung ist dem nicht beizukommen^{10a}. Wird das wahrgenommen? Ich habe nicht den Eindruck.

Für unseren Zusammenhang ist festzuhalten: Die marxistische Theorie konnte diese Vorgänge schlüssig erklären, sie vermittelte – dennoch! – Hoffnung, sie ermöglichte ein Geschichtsverständnis und eine Perspektive, die über die für viele endgültig unglaublich gewordenen (nationalen) Geschichtstraditionen dieser Gesellschaft hinaus Identifikationsmöglichkeit mit der größeren Geschichte der Gerechtigkeit und des Kampfs um sie (der Klassenkämpfe) schuf. Und trotz aller Resignation: Dies ist eine bleibende Errungenschaft dieser Jahre. Sie bedeutet (und erklärt zugleich!), daß bis heute in der Hochschule andere Selbstverständlichkeiten gelten als in der übrigen Gesellschaft: Zwar ist es nicht mehr »schick«, links zu sein; aber in erheblichem Umfang bleiben sozialistische Theorie, der Anspruch sozialistischer Praxis und ganz allgemein das Gefühl, cher nach links zu tendieren, soziale Grundvoraussetzungen des Lebens und der Atmosphäre an den Hochschulen. In der übrigen Gesellschaft ist es anders; dies schafft auf beiden Seiten Probleme – lebensperspektivische für die Studenten, fortdauernd Angst und Unverständnis auf der anderen Seite mit administrativen Folgerungen: Hochschulrahmengesetz, Numerus clausus, Berufsverbote. Wenn nicht wahrgenommen wird, daß diese Konstellation wesentlicher Grund ist auch für die fortdauernde, durch administrative Schritte eben auch nicht zu bewältigende Spannung zwischen der Studentengemeinde und ihrer Kirche¹¹, daß solche Schritte die Erosion des Zusammenhangs beider nur fördern können (und manchmal hat man den Eindruck, dies sei das Ziel mancher Maßnahmen!), dann hat die Kirche eine Chance zum Begreifen ihrer eigenen Zukunft vertan. In diesem Zusammenhang muß man auch sehen, daß die Spannung zwischen ESG und Kirche, bezogen auf die Hochschule, zwar ein interessanter, weil typischer Indikator ist. Für die Hochschule insgesamt ist sie aber nur ein Nebenproblem. Gerade darum ist der Sache nach der Dienst der ESG für die Hochschule viel wichtiger als ihr dauerndes Fixiertwerden auf die Bewältigung oft vordergründiger, gleichwohl ebenso oft bis zur Existenzfrage hochgeschauelter Konflikte.

mit der Kirche

• der Sozialismus ist noch nicht
gekommen und muß die Kirche
nicht lassen und damit...

Die Glaubwürdigkeit der Kirche unter Studenten, die nach Ursachen fragen, leidet dabei schwer – *hier* hat das manchmal einreißende Gefühl, die Kirche sei allenfalls nur noch als Geldgeber zu gebrauchen, seinen tieferen Grund. Denn viele *können* angesichts kirchlicher Konflikt-Erfahrungen die Formen des christlichen Glaubens, die die verfaßte Kirche vertritt, nur noch als Verhüllungs-ideologie für die bloße Machtpolitik einer eben auch »nur« gesellschaftlich etablierten Institution empfinden! Selbstverständlich trifft ein solcher Vorwurf nicht immer verdient – es geht aber darum, die Gründe für das Entstehen solcher Vorwürfe endlich zu verstehen!

c) Um dies zu vertiefen, gehen wir noch einmal zurück zur Ausgangsfrage: Wie haben die Studentengemeinden als Gemeinde existiert in dieser Zeit des Aufbruchs und des Scheiterns der Studentenbewegung, des Hartwerdens der Gegensätze in der Zeit danach, als K-Gruppen und Fraktionen sich mit dogmatischer Härte gegen die Übermacht des Bestehenden und auch gegeneinander wendeten und andere sich anders organisierten, bis heute, wo daneben Anzeichen einer neuen, spontaneistischen, ~~stark~~ dem Gefühl des Zurückgedrängtseins verhafteten »Neuen Linken« an den Hochschulen zu sehen sind? Dies wird vor allem an der theologischen Entwicklung in der ESG gezeigt.

Die Studentengemeinden haben die neuen Fragen, Einsichten und die Neuentdeckungen von Lebens- und Aktionsformen nicht an sich vorbeilassen können und auch nicht an sich vorbeilassen dürfen. Sie gerieten aber mit einer *unzureichend ausgebildeten theologischen Theorie* in dieses Feld hinein. Weder waren die meisten Pfarrer und Gemeinden vorbereitet auf die neuen Denkansätze und Verhaltensweisen, noch gab es eine verbreitete Normaltheologie, die anders als zunächst nur angstvoll-apologetisch auf die nun höchst praktisch wirksam werdende marxistische Religions- und Kirchenkritik zu reagieren in der Lage war. Das grelle Sichtbarwerden der Verhaftetheit in bürgerlichen Denk- und Verhaltensformen bei der »Aufarbeitung der eigenen bürgerlich-christlichen Sozialisation«, die nun unabweisbar wurde, war einerseits eine befreiende, andererseits eine Schock-Erfahrung. Meist ging beides zusammen. Immer wieder hat es darum, vor allem in den ersten Jahren und unter dem unmittelbaren Druck der Ereignisse, kurzatmige, überscharfe und zugleich unscharfe theologische Bewältigungsversuche gegeben, die nach beiden Seiten nicht »genügten«,

den Studenten nicht und den Kirchen auch nicht. Es gab Zweifel am eigenen Denken, aber auch Zweifel am Dogma der Herausforderer.

»Die marxistische Religionskritik kann überzeugen. Weniger überzeugend ist oft die Praxis der Kritiker, die den Marxismus nicht selten auf eine religiöse Weise rezipieren. Aber hat man dann in diese Praxis nicht selbst mit hineinzugehen, um sie zu verbessern und sich dem Theorie-Praxis-Prozeß bewußt mit zu unterziehen? – Aber man ist ja Theologe, d. h. vom christlichen Glauben geprägt, wenn nicht überzeugt. Und man ist Kirchenfunktionär, also für die Kirche und ihre Menschen verantwortlich gemacht. Und Kirchenbeamter, d. h. man lebt von der Anstalt Kirche ... Kurzschlüsse ebenso wie radikale »Lösungen« bleiben da nicht aus«⁴⁸,

schrrieb 1973 ein Studentenpfarrer. Unter den Kollegen, die in den Jahren 1968 ff. ausschieden, waren immer wieder auch solche, die – angegriffen von beiden Seiten – zermürbt und resigniert gingen. Unzureichender Durchblick⁴⁹ zeichnete aber nicht alle Beteiligten aus. Denn das Mitgehen vieler Gemeinden mit der Studentenbewegung war zwar einerseits in der Motivation des Studentenprotests begründet⁴⁹, aber das war nur die eine Seite der Sache. Zwar gab es keine geklärte theologische Theorie, aber schon vor der Studentenbewegung, ja von Anfang an war in der Studentengemeinde wenigstens ansatzweise klar, daß christlicher Glaube eine gesellschaftliche Seite hat, daß Nächstenliebe auch politisch konkret werden muß, daß Gesellschaftsdiakonie notwendig ist. Es hat also ein immer wieder auch artikuliertes, christliches Motivbündel gegeben, das es der Studentengemeinde ermöglichte, die Studentenbewegung zu begleiten und immer wieder auch identifizierbar *eigene* Beiträge zu ihrer Entwicklung zu leisten. Eine Berliner Dokumentation des SDS spiegelt das, wenn sie zur ESG ausführt: »Weil ihre Mitglieder *keine* verbindliche Gesellschaftsvorstellung vereint, hat sie bei Studenten, die eine Scheu vor ideologischer Bindung haben, besonderes Ansehen.«⁵⁰ Dogmatische Verhärtung also gab es in der ESG wenig. Dies Urteil gilt bis heute.

Allerdings geschah zweierlei: Für Außenstehende geschah erstens das Schockierend-Unvorhergesehene, daß nun vielfach nicht mehr nur einzelne Christen, Gemeindeteile und -gruppen, sondern ganze Gemeinden oder die Bundes-ESG durch ihre Gremien, trotz aller bleibenden inneren Spannungen sich parteilich, deutlich und zum

Teil auch polemisch-aggressiv öffentlich engagierten, dabei auch die eigenen Kirchenleitungen nicht schonten und damit den volkskirchlichen Grundsatz politischer Neutralität oft nachhaltig verletzen. Und zweitens: Für Gemeinden, für die wichtige Motive der Studentenbewegung nun auch eigene, selbständig bearbeitete Themen wurden: Engagement in den Kämpfen an der Hochschule und den dazugehörigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, internationale Solidarität, das Kennenlernen und intensive Durchleben neuer, emanzipatorischer Lebens- und Aktionsformen – und für viele *blieb* das als ein auch spezifisch christliches Engagement erkennbar! –, für solche Gemeinden wurde es nun möglich, streckenweise oder punktuell mit Atheisten und Kommunisten *zusammenzuarbeiten*. Durchbrochen wurde also das vorgängige Abgrenzungsbedürfnis, und zwar durch die Erfahrung gemeinsamer Fragestellungen und Bedürfnisse: Erkenntnis und Überwindung der Ursachen des Elends, Veränderung des Bestehenden zur öffentlichen, solidarischen, humanen Gesellschaft. Dazu kam der bis heute vielfach festzustellende Sachverhalt, daß gerade die lebendigsten und aktivsten Vertreter der Studentenbewegung und später der marxistisch orientierten Gruppen – aus kirchlicher Jugendarbeit kamen oder mindestens kirchlich geprägt waren. Oft führte gerade die kritische Auseinandersetzung mit dieser biographischen Vergangenheit ins Engagement, und das war in der Studentengemeinde nicht anders. Ich habe nicht den Eindruck, daß dieser bedeutsame Sachverhalt von Kirchenleitungen bisher zureichend bearbeitet sei bzw. anders denn als unbegreifliche Tragik aufgefaßt wird.

Wiederum vornehmlich für Außenstehende schien damit die Identität der ESG als christliche Gemeinde auf dem Spiel zu stehen. »Politische Einseitigkeit« und das »Unerkennbarwerden« des Christlichen in der ESG schlechthin, dies wurden die tragenden Vorwürfe an die Adresse der ESG, und das ist vielfach bis heute so. Was ist davon zu halten?

Man kann sicher sagen, daß unter dem Druck der vehementen und zunächst viele überzeugenden Angriffe auf das Christentum als bloß versöhnlerische, die vorhandenen gesellschaftlichen Konflikte und das Elend verschleiern Ideologie in manchen Gemeinden die traditionelle theologische Arbeit zunächst verstummte. Sie war unter Studenten nicht mehr glaubwürdig. Angesichts der neuen Möglichkeiten, die Dinge konkret zu analysieren und direkt po-

litisch anzugehen, erwies sich die traditionelle Theologie als abstrakt, idealistisch, mit den Füßen in der Luft hängend. Theologische Arbeit in der ESG hatte in dieser Situation immer auch mit dem Vorwurf zu kämpfen, bloß legitimatorische Funktionen zu erfüllen. Aber solche Vorwürfe waren ja nicht aus der Luft gegriffen. Was heißt es denn praktisch, daß neustamentliche Aussagen doch nicht einfach das Jenseits meinen, sondern auch diesseitige Veränderung, wenn da z. B. steht, daß die Hungernden und Dürstenden satt werden sollen? Kann es ernstlich nur die Veränderung der Innerlichkeit meinen, wenn den Armen das Gottesreich gepredigt werden soll? Aber wenn das nicht ausreicht (dazu gab es freilich kaum Anhalt in der offiziell-kirchlichen Tradition), was heißt es dann praktisch, daß Jesus König, Herr, Heiland, Erlöser ist, daß also *nicht* die Elend verschleiern Götzen dieser Welt – z. B. die Wohlstand verheißende kapitalistische Leistungsgesellschaft mit ihrer faktischen Menschenverachtung – Gottes gnädigen und richtenden Willen verkündigen? Das sind Fragen, die eine Theologie, deren Zentrum doch die Inkarnation ist, schon beunruhigen können, wenn sie angesichts der sehr konkreten Anfragen der Studenten nicht an der Feststellung vorbei kann, daß sie in ihrer bisherigen Ausprägung offenbar mit den Füßen in der Luft hängt!

Aus dieser Situation versteht sich der Satz des damaligen Frankfurter Studentenpfarrers G. Wendland (1969): »Ich meine, daß uns auf neue und bedrohlich ernsthafte Weise zugemutet wird, die Mühe des theologischen Begriffs auf uns zu nehmen.«⁵¹ Bedrohlich ernsthaft und neu deshalb, weil es nicht ausreichte, andere *ethische* Kategorien an eine vorhandene, unverändert gültige Dogmatik anzuhängen. Die Anfrage hieß ja nicht mehr nur, ob Christen auf der Linken eigentlich mitmachen sollten oder nicht, sondern ob man eigentlich noch Christ sein sollte und warum. Es ging und geht um den Wahrheitsanspruch der christlichen Botschaft, d. h. methodisch: Es geht um die Fundamente unseres Umgangs mit der Bibel, um Theologie in ihrer Substanz. Untrennbar verknüpft zeigte sich damit die Frage des Umgangs mit Menschen, mit dem Nächsten, mit Gruppen, Schichten, mit der Kirche, mit der Gesellschaft insgesamt – und das heißt zugleich: mit mir selbst. Wie stehe ich z. B. zu meiner Bildung, zu den Privilegien, die mit ihr verbunden sind und dem Elend anderer? Wie zu der eigenen inneren Verkrüppelung, die das alles ja auch bedeutet? Und wie schließlich zur Masse derer,

die solch »feinsinnige« Fragen gar nicht erst stellen können, weil viel elementarere Nöte sie bedrängen? Das sind substantiell theologische Fragen. Den Studenten gegenüber erwies sich: Wenn sie nicht als solche erkannt werden, führt die bisherige Weise zu theologisieren und ein christliches Leben zu führen endgültig ins Abseits. Und es erwies sich auch: Dies ist keine Frage geschickteren Redens oder neuer Kommunikationsmethoden, sondern eine *Frage nach der Wahrheit der christlichen Botschaft*.

Den Landeskirchen gegenüber erwies sich, daß dies nicht verstanden wurde – meist nicht; es gab Ausnahmen, und es gibt sie bis heute. Wieder sei gesagt: Die Bedingungen waren nicht immer gut dafür, mit *theologischem* Engagement zu streiten. Unfertige Gedanken, Ängste und Emotionen haben die Szene oft von beiden Seiten auch vernebelt. Aber es gab – trotzdem – auch Klarheit im Streit. Nur ein Beispiel für viele andere:

Als der Hamburger ESG Anfang 1975 angesichts ihrer Blutspendeaktion für Vietnam, deren Erlös sie je zur Hälfte dem Vietcong und Nordvietnam zur Verfügung stellte⁵², »durch politische Einseitigkeit mangelnde Versöhnungsbereitschaft« vorgeworfen wurde, konnte in der Synode (und dies kam nicht von der ESG!) gesagt werden, in diesem konkreten (!) Fall gehe es darum, »um der Versöhnung willen die Partei der Kommunisten zu ergreifen«. Dem stand gegenüber ein Versöhnungsbegriff, der »den Menschen als Menschen« sehen wollte, »dessen man sich anzunehmen hat«, aber, wie sich erwies, ohne eingehende und sich selbst als betroffen sehende (auch politisch als betroffen sehende!) Einlassung auf die Situation. Die Frage, die nicht mehr auszudiskutieren war, hieß: Dürfen wir Christen es zulassen, daß in Vietnam auf dem Rücken dieses jahrzehntelang von Kolonialmächten gequälten Volkes »unsere Freiheit verteidigt« wird? Die Kirchenleitung stellte gegen die Aktion der ESG die EKD-Kollekte, die je zur Hälfte an Nordvietnam und das Thieu-beherrschte Südvietnam gegeben wurde, und begann von da an, die ESG mit administrativen Maßnahmen zu bedrohen. Theologisch am Begriff der Versöhnung zu arbeiten, wie der Antrag eines Studentenpfarrers in dieser Synode forderte – und dieser Antrag wurde sogar angenommen! –, war in der Folge nicht möglich. Die damit liegengebliebene Frage heißt aber: Bedeutet die Versöhnung Gottes, die den Menschen nach dem Neuen Testament angeboten ist, für die Menschen eigentlich, daß alles so bleibt, wie es ist – also notwendigerweise auch (politische) Neutralität? Bedeutet

das Wahrnehmen des Willens Gottes nicht vielmehr Entscheidung, Scheidung, ja Parteinahme? Und gibt es dafür nicht durch die ganze Kirchen- und Ketzergeschichte bis hin zur Geschichte der Bekennenden Kirche sogar beispielhaften und eigentlich sehr verpflichtenden Anhalt? Jedenfalls ist es ein anderes Verständnis von Versöhnung, wenn eine Synode hofft, daß »durch eine Kollekte am nächsten Sonntag für ganz Vietnam Versöhnung geschenkt und Neubeginn im Namen Christi ermöglicht wird«⁵³. Hier ist der Wunsch nach Frieden, allgemein gefaßt und aus der Entfernung wenig konkret, mit dem neutestamentlichen Begriff der Versöhnung mit Gottes Willen so vermischt, daß beides unklar, ja unerkennbar wird. Für manche wirkte dies wie das Waschen der eigenen Hände in Unschuld.

Daß es – nicht nur für die ESG – notwendig ist, und zwar »auf bedrohliche und ernsthafte Weise«, die Mühe des theologischen Begriffs auf uns zu nehmen, ist wohl deutlich. In der ESG wurde dies jedenfalls immer deutlicher. In der Folge des Hamburger Vietnam-Konflikts veranstaltete die Bundes-ESG u. a. ein großes Seminar zum Thema »Macht und Versöhnung«. Die Erfahrungen der Studentenbewegung, die die ESG auf die Konkretionen ihres eigenen und des gesamten gesellschaftlichen Lebens gestoßen hatte, löste in vielen Gemeinden eine Bewegung aus, die man unter das Motto stellen kann: Wir glauben, daß an der Bibel mehr ist, als Marxisten meinen, und sicher mehr, als die Landeskirchen sagen: Also nicht »zurück zur Bibel«, sondern vorwärts zum Wort Gottes. Freilich war das ein mühevoller und langjähriger Prozeß. Er begann mit Studentenfarrerseminaren in den Jahren 1971 und 1972. 1973 folgte die Gründung der »theologischen Kommission« der Bundes-ESG, die neben die anderen Kommissionen (Hochschul- und Bildungspolitik, Ökumene und Internationales, Antimilitarismus) und Projekte trat. Inzwischen ist diese Arbeit eine Sache von Studenten der ESG geworden, d. h. nicht mehr nur der Pfarrer. Immer deutlicher wurde auch, daß »bedrohlich und ernsthaft« keine pastoralen, ästhetischen Kategorien waren, sondern daß sehr konkrete Bedrohung mit theologischer Klarheit verbunden sein kann. Sei es, daß die ESG nun mit sozialistischen Studenten oder K-Gruppen in heftigen Streit kam, die ihr ihre Eigenständigkeit bestreiten wollten, sei es, daß ihre theologischen Äußerungen die ESGen nun erst recht in Gegensatz zu ihren Landeskirchen brachten, so daß aus dem Vorwurf »keiner« oder »nicht identi-

fizierbarer Christlichkeit« nun also der der »falschen« Theologie wurde.

Früchte dieser neuen theologischen Arbeit waren die Wiederentdeckung der Theologie Karl Barths mit ihren politischen Implikationen, die Neuentdeckung der Geschichte der Bekennernden Kirche und der religiösen und christlichen Sozialisten, der neueren Theologie in den südeuropäischen Ländern, in Lateinamerika und Afrika wie auch die Beschäftigung mit Abweichlern vom offiziellen Weg der Kirche von dem Kirchenvater Johannes Chrysostomus über Thomas Müntzer bis zu vergessenen Theoretikern wie Wilhelm Hohoff oder der Frühgeschichte des Pietismus. Dazu gehört auch die in der theoretischen Arbeit zum Marxismus gewonnene Erkenntnis, daß der dogmatische Atheismus speziell der deutschen Arbeiterbewegung sich eher – Feuerbach als Marx und dazu der besonderen Geschichte der Kirche und der Arbeiterbewegung in unserem Land verdankt. Vor allem gehört dazu das intensive Herangehen an eine Bibelauslegung, die den »Sitz im Leben« der Bibeltexte ebenso konkret ins Auge faßt wie den eigenen und gerade so eine befreiend neue Deutlichkeit des Wortes Gottes erschließt. Nicht zufällig war es auch, daß die theologische Kommission im Zusammenhang ihrer biblischen Arbeit sehr bald auf das Problem Kirche – Staat stieß und sich darauf konzentrierte. Die Parallelität der kirchlichen Reaktionen auf die Entdeckung sozialistischer Politik durch die Studentengemeinden mit den staatlichen Reaktionen auf die Studentenbewegung war gar nicht übersehbar! Ein erstes, auch öffentlich ins Blickfeld gerücktes Zeugnis dieser Arbeit war die von ESG und WSCF-Europa im Oktober 1977 veranstaltete »Versammlung westeuropäischer Christen zur Erinnerung des Darmstädter Wortes 1947« mit fast 1 000 Teilnehmern. »Das Christentum ist heute nicht unglaublicher als vor 2 000 Jahren. Es ist aber durch unsere Irrwege unglaubwürdig geworden. Frage: Wie können wir hier und jetzt das Evangelium so manifestieren, daß wir als glaubwürdige Täter, d. h. als ernsthafte Hörer des Wortes, als konsequente Jünger erkannt werden?« schrieb Georges Casalis, Professor der Theologie in Paris, an diese Versammlung, eines der beiden innersten Motive dieser Arbeit damit bezeichnend. Und er erinnerte mit einem Wort Hokendijks an das andere Motiv: »Habt Sorge nach der Welt und nach Christus, so wird Euch Kirche von selbst zufallen«⁵⁴, dies vor allem einer ESG gesagt, die oftmals auch gebannt auf das Stirnrunzeln ge-

plagter, die Institution ESG garantierender Kirchenvertreter startete. Die Arbeitsgruppe 1 dieser Versammlung behandelte »Erfahrungen von Christen in der sozialistischen Bewegung«. In ihrem Schlußdokument stellt die Arbeitsgruppe aufgrund von Berichten aus sieben europäischen Ländern u. a. fest:

»Die Arbeit von Christen in sozialistischen Ländern und Bewegungen hat überall nicht dazu geführt, daß der christliche Glaube verloren ging, sondern er ist für die engagierten Christen im Gegenteil aufs Neue lebendig geworden ... Für uns ist die Spannung zwischen christlichem Glauben und politischem Engagement in uns und unseren Gruppen selbst als neue Möglichkeit eines Lebens von Christen fruchtbar geworden ... Es hat sich auch gezeigt: Wenn Christen sich so auf ihre politische Situation einlassen, gewinnt auch die Lebendigkeit des Glaubens verschiedene Gestalt und das Ergreifen der christlichen Tradition wird unterschiedlich sein. In unserer Versammlung haben wir jedoch erfahren, daß wir bei aller Unterschiedlichkeit der politischen Option und der Anknüpfung an die christliche Tradition uns als Christen wiedererkennen. – Das ist unsere Form, Gemeinde Jesu Christi zu sein.«⁵⁵

Das heißt: Man war in Darmstadt keine in sich einheitliche Fraktion, politisch nicht und theologisch nicht. Aber die Teilnehmer konnten sich als Christen erkennen und anerkennen – und am Schluß das Abendmahl miteinander feiern, übrigens auch quer über die Generationen hinweg: Nur etwa 50 % der Teilnehmer waren Studenten ...⁵⁶ Daß man nicht leichtfertig und in glatten Formeln einig sein konnte, hat neben der unterschiedlichen Herkunft der Teilnehmer auch die breite Themenpalette bewirkt, die aber nötig war, wollte man wesentliche Fragen nicht vorschnell verdrängen. Es ging darum, »Erfahrungen auszutauschen über Möglichkeiten, in unterschiedlichen gesellschaftlichen Situationen als Christ zu leben, über das Verhältnis ihrer jeweiligen Kirchen zu Staat und Politik, über ihre jeweilige Weise, die Bibel zu lesen und über die Deformierungen ihrer Kirchen etwa durch Verflechtungen in die Nord-Süd-Ungerechtigkeit oder in den weltweiten Militarismus«. Dies war nach dem Selbstverständnis der Veranstalter »eine Versammlung von Christen im Rahmen der Kirche«⁵⁷, im Ringen um den Kern des Evangeliums, angesichts aller dieser Fragen – aber, da es um den Kern der Sache Jesu ging, nicht geacht von Abgrenzungssängern. Der Kongreß war daher trotz scharfem

Streit und mitgebrachter »Fraktionierungen« geprägt von einer durchgreifenden Lust an (funktionierender!) Selbstorganisation, Lernbereitschaft, gespanntem Zuhören und viel fröhlichem Lachen. Wäre nicht *dies* ein Modell möglichen Umgangs »im Rahmen der Kirche« auch sonst? Jedenfalls wurde in Darmstadt etwas deutlich von einer Dimension christlicher Souveränität, die alle Beteiligten überrascht, ja zum Teil verblüfft hat. Aber wenn auch nur von Beteiligten und nur angesichts dieser vorerst einmaligen Erfahrung (deren Weiterwirken aber wohl gewiß ist) erlebt und ausgesprochen: »Dies ist unsere Form, Gemeinde Jesu Christi zu sein« – wird damit nicht eine Mahnung, ein Appell gerade auch an die verfaßte Kirche deutlich (so sehr das auch an die eigene Adresse der ESG gerichtet ist), den Umgang im Streit oder mit vieligliedriger Verschiedenheit ernstlich zu überprüfen, an die Sache, die »Christen macht«, deutlicher heranzukommen als bisher? Dies ist auch eine Erinnerung daran, die Kategorien des »Vorletzten« und des »Letzten« (Bonhoeffer) kirchlich nicht immer wieder zu vertauschen.

Es ist nicht so abwegig, daß Christen sich mit dem Marxismus ernstlich befassen, wenn sie denn den Willen haben, die Welt, in der sie leben, und die Bedingungen, unter denen sie leben (und in denen sie, jedenfalls in unserem Land, »Fülle und Genüge« haben), wirklich zu verstehen. Es ist nicht abwegig, denn auch Jesus wußte, daß eher ein Kamel durchs Nadelöhr geht, als daß ein Reicher das Gottesreich sieht. Und daß es dem Sozialismus darum geht, daß *alle* befreit werden, übersieht man nur, wenn man fixiert bleibt an seine in der Tat vielfach schon im Ansatz hinter solchen Perspektiven zurückbleibenden Erscheinungsformen. Außerdem erschließt sich einem ernstlichen Hinsehen rasch, wieviel genuin christliche Tradition der Marxismus aufgenommen hat, weil die an Thron und Altar fixierten etablierten Kirchen sie verdrängt hatten. Schließlich ist auch in der Kirche vielfach die konkrete eschatologische Fülle des Evangeliums verschüttet; auch den christlichen Glauben versteht man nicht, wenn man an die Erscheinungsformen der Kirche fixiert bleibt.

Ist das Idealismus, gar Schwärmerei? Nein. Sogenannte Ketzer, die die Kirche durch ihre gesamte Geschichte produziert hat, zeigen, daß Abgrenzungen keine Lösung sind, wenn es um die Konkretion des Evangeliums geht. Ob es möglicher wird für eine Kirche, die ihren gesellschaftlichen Einfluß geschichtlich gesehen immer weiter verliert, damit auch die gesellschaftlichen Bindungen, die damit

verbunden waren, Stück um Stück aufzugeben? Oder müssen erst ernstliche Armut, politische Verhältnisse wie in Lateinamerika oder Afrika oder besondere Katastrophen eintreten, bis es erträglich – wenigstens erträglich! – wird für eine verfaßte Kirche, daß Sozialismus nicht Atheismus bedeuten muß, sondern gerade zu den Quellen des Evangeliums zurückführen kann – wenn man sich seinen Anfragen denn stellt?

Die Studentengemeinde Tübingen, der die gerade zu Ende gegangene Synode die frei verfügbaren Arbeitsmittel wegen des Festhaltens der ESG an einer Arbeitsgruppe »Christen für den Sozialismus« gestrichen hat, konnte mit einigem Recht in einer Erklärung zu diesem Beschluß sagen, daß dieser Beschluß »Ausdruck der langfristig angelegten kirchenpolitischen Strategie der Lebendigen Gemeinde« (sc. der evangelischen Mehrheitsfraktion der Synode) war. Die ESG stellte fest, daß diese Strategie bezogen auf den Zuwachs evangelischer Hochschulgruppen (der allerdings keineswegs überall in der BRD zu beobachten ist) kurzfristig sogar als erfolgreich beurteilt werden müsse. »Eine vorrangig an der persönlichen Bindung des einzelnen Menschen an Jesus orientierte Verkündigung kommt dem Bedürfnis der Mehrzahl der Studenten nach Rückzugspotentialen aus einer immer hoffnungsloser werdenden Situation der Hochschulen und der allgemeinen Perspektivlosigkeit entgegen.« Da kirchliche Gremien, bis hin zur EKD der Frage vordergründiger Effektivität kirchlicher Arbeit wohl nicht ausweichen könnten, sieht die ESG Tübingen sicher zu Recht über die spezifisch württembergische Situation hinaus eine institutionelle Bedrohung aus der verfaßten Kirche für die ESG insgesamt. Die am Anfang dieses Abschnitts genannten administrativen Eingriffe von Kirchenleitungen, die ja nur Beispiele sind, zeigten das schon. Die Tübinger ESG meint: »Daß dabei kritische und nach anderen, glaubwürdigen Formen der Nachfolge Jesu Christi fragende Menschen aus der Kirche vertrieben werden, ist kalkuliert«, kalkuliert jedenfalls von der württembergischen Synodenfraktion, die diesen Beschluß durchsetzte. Kalkuliert ist dies aber ganz sicher von entsprechenden Kräften, die auf Kirchenleitungen dort und anderswärts Druck ausüben – oft unverhüllt politischen Druck⁸⁸. Aber wenn die Kirchen diesem Druck nachgeben, »wird alle Kritik und alle Selbstkritik, die die Versöhnung von Konflikten und Widersprüchen intendiert, aus der Kirche gedrängt ... Kurzfristig ... wird die in dem Synodalbeschluß ... erkennbare Strategie erfol-

reich sein ... Längerfristig jedoch ... wird die Kirche mit einer Frömmigkeit, die in Dogmatik erstarrt ist und die sich deshalb den jeweiligen geistigen und gesellschaftlichen Problemen nicht einmal mehr aussetzen kann, Schiffbruch erleiden.«⁵⁰ Auf bedrängend ernsthafte Weise, und für alle Beteiligten ebenso gewichtig wie damals, könnte mit diesem bitteren Fazit an die Frage Schleiermachers erinnert werden: »Soll der Knoten der Geschichte so auseinandergehen: Das Christentum mit der Barbarei und die Wissenschaft mit dem Unglauben?«⁵⁰ – wobei Wissenschaft heute das Wahrnehmen der Grundstrukturen politischer Realität und ihrer Perspektiven einschließt.

Muß das so gehen? Hat die kirchliche Wählerschaft in Württemberg, als sie – nach dem Streichungsbeschuß der Synode, der bekanntlich auch die Ankündigung des Kirchenaustritts des Neutestamentlers Prof. Käsemann zur Folge hatte – der bisherigen Mehrheitsfraktion ihre absolute Mehrheit entzog, diesen Tiefgang des Tübinger ESG-Konflikts begriffen? Man wird es abwarten müssen. Ebenso wird man abwarten müssen, ob die gegenwärtig an aktuellen ESG-Konflikten beteiligten Kirchenleitungen über die Schatten bisheriger Kirchenpolitik zu springen vermögen.

Das Sendungswort zum Abschluß der Darmstädter Versammlung 1977 schließt mit folgenden Worten⁶¹:

»Wir glauben, daß das prophetische Wort die Menschen aus ihren gesellschaftlichen Abhängigkeiten befreit, und daß so Kirche entsteht ... Wir haben erkannt, daß christlicher Glaube, der sich der Kritik der politischen Praxis und ihrer Reflexion nicht entzieht, eine positive historische Kraft ist. Das bedeutet, aufzustehen und aufrecht zu gehen, denn Jesus Christus hat die Mächte der Gewalt, der Unterdrückung und des Todes gebrochen. In Freiheit und Freude fordern wir Euch Christen aus Deutschland und Europa auf, mit uns am Werk der Kirche Jesu Christi teilzunehmen. Wir fragen: Wer ist bereit, mit uns das Wort zu tun, das warnt und das die Menschen in Bewegung setzt? Wer wird mit uns die Sprache finden, die es möglich macht, ohne zu mystifizieren, den Tod und die Auferstehung Jesu Christi, diese Liebe und diese Gerechtigkeit, die versöhnt, zu leben?«

Anmerkungen

1. Wilhelm Pressel in: Junge Kirche, 4/1975 (Sonderdruck, S. 3).
2. Vgl. Karl Kupisch, Studenten entdecken die Bibel. Die Geschichte der Deutschen Christlichen Studenten-Vereinigung (DCSV), Hamburg 1964, S. 212 f.
3. Kupisch, S. 155 ff.
- 3a. Kupisch, a.a.O., S. 53, 140, 212, 293.
4. Kupisch, S. 209 ff.
5. Ein Teil der alten DCSV machte diese Entwicklung nicht mit und gründete etwas später die SMD (Studentenmission Deutschlands), die der Struktur nach die Tradition der DCSV fortsetzte. Sie verblieb stärker in der traditionell pietistischen Linie, wenngleich in jüngerer Zeit durch die Entwicklung an den Hochschulen, die Wohngemeinschaftsbewegung und theologische Arbeit manche neue Impulse und Spannungen in den Verband hineingetragen wurden. Ein Zweig der SMD in Bochum belebt in jüngster Zeit die Bewegung der religiösen Sozialisten neu.
6. Vgl. E. Roterberg, KidZ XXI/5, S. 220–222 (Lit.).
7. Mit der Ausnahme des Statuts der Evangelischen Studentengemeinden in Berlin (West) von 1970, vgl. ESG-Mat. 1 und Kirdl. Amtsblatt der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg, 4/1970, S. 30 f.
8. Vgl. z. B. die Dienstanweisung für Studentenfarrer der VELKD von 1957 (Amtsblatt).
- 8a. Vgl. E. Roterberg, KidZ XXI/5, S. 222 ff. Von einer Mitgliedschaft der DCSV von 2 000 in früheren Jahren schnellte die Zahl der von der ESG erreichten Studenten nach 1945 auf über 10 000 hinauf, a.a.O., S. 223.
9. In einer soziologischen Untersuchung der ESG wurde 1960 ermittelt, daß aktive und passive Wahlbeteiligung von ESG-Mitgliedern um 20% höher lag als der studentische Durchschnitt.
10. Vorbereitungsheft zum 3. Deutschen Evangelischen Studententag, hrsg. von der ESGiD, Stuttgart o. J. (1954). Das Zitat aus einem Artikel von Klaus Scholder, ebd., S. 31. Vgl. auch: Studenten und die Kirche, hrsg. von Ringeling-Rohrbach, 1968, S. 145 ff.
11. Vorbereitungsheft, S. 33.
12. A.a.O., S. 28, vgl. Frankfurter Hefte, November 1953.
13. A.a.O., S. 35 f. »Das Reich Gottes und das Reich der Deutschen« war das Gesamtthema des Studententages.
14. Martin Schröter in: Studenten und die Kirche, S. 144.
15. Presseüberschriften: »Christliche Nihilisten«, »Heilig Vaterland? – Heilig Vaterland!«, »Vaterlandslose Gesellen«, Schröter, a.a.O., S. 145.
16. Schröter, a.a.O., S. 145.
17. Vgl. Roterberg, KidZ XXI/5, S. 222.
18. A.a.O., S. 223.
19. Vgl. Studenten und die Kirche, S. 250 f. und 251–255.
20. Studenten und die Kirche, S. 233 (aus dem Berichtspapier des Studentischen Obmanns in der Bundes-Geschäftsstelle der ESG über die Semester-Programme WS 1960/61), vgl. auch S. 212 ff., 226 ff.

- 20a. Bonhoeffers Briefe aus der Haft »Widerstand und Ergebung« erschienen 1951.
21. Studenten und die Kirche, S. 256.
22. Aus einem Referat des Generalsekretärs der ESG, 1968, a.a.O., S. 297.
23. Vgl. den Offenen Brief der Studentenfarrerkonferenz 1960 an Evangelische Bundestagsabgeordnete zur Frage der Wehrdienstverweigerer, a.a.O., S. 277 f., und die spätere Einrichtung eines Antimilitarismusprojekts der Bundes-ESG durch die Delegiertenkonferenz.
24. Vgl. Studenten und Kirche, S. 204–206, das Zitat S. 206.
25. A.a.O., S. 205.
26. »Die Ausländerarbeit der ESGiD kann nicht mehr unter dem Aspekt der Betreuung stehen, sondern muß auf Partnerschaftsbasis geschehen« (1960), a.a.O., S. 259.
27. Erklärung des Vertrauensrates der ESGiD, a.a.O., S. 276 f.
28. Stellungnahme der Hochschulkommission der ESGiD, a.a.O., S. 289 ff.
- 28a. A.a.O., S. 292 f.
29. Erklärung des Vertrauensrates der ESGiD, a.a.O., S. 279 f.
30. Delegiertenkonferenz 1962, a.a.O., S. 281 f.
31. A.a.O., S. 288.
- 31a. Vgl. den Aufsatz von K. Birkhöler »Zur Struktur der Gemeindeleitung«, a.a.O., S. 117 ff.
32. A.a.O., S. 297 f.
33. Kai Uwe v. Hassel, Der evangelische Christ in der Politik, Vortrag vor dem Evang. Arbeitskreis der CDU, in: Evangelische Verantwortung, Nr. 11, 1961.
34. Deutsche Universitätszeitung, 5/1962, S. 26, nach LM 2/62.
35. Sendung des WDR, 7. 3. 1966, zitiert nach Bericht der Geschäftsstelle der ESG zur Delegiertenkonferenz 1974.
- 35a. So der Plan eines »Hochschulpfarramts« in Hamburg 1969, das die ESG von den Studentenfarrern institutionell wieder weitgehend trennen sollte.
36. Bischof H. O. Wölber in seinem Rechenschaftsbericht am 30. 11. 1967 vor der Hamburger Synode, S. 13.
37. Statut der Evangelischen Studentengemeinden in Berlin (West) (s. Anm. 7).
38. Studenten und die Kirche, S. 271.
39. Zum Gesamtproblem, wie es sich Anfang 1975 darstellte, vgl. H. Zeilinger, Liquidierung der Evangelischen Studentengemeinde?, in: Junge Kirche, 1 und 2/1975 (s. a. Sonderdruck).
40. Nach: ESG/KSG Göttingen, Dokumente, Materialien, Diskussionsbeiträge, Heft 4, Februar 1975, S. 23.
41. Hier ist vor allem an die in der EKD inzwischen einmütige Ablehnung der Einstellung von Pfarrern zu denken, die der DKP oder anderen kommunistischen Gruppen nahestehen. Vgl. dazu ESG-Material Nr. 7.
42. Z. B. Walter Allgaier in: Deutsche Zeitung, Christ und Welt, Nr. 51, 1977, S. 22 (9. 12. 1977).
43. Aus der These 5 des Darmstädter Worts des Reichsbruderrats von 1947.
44. Vgl. Deutsche Zeitung, Nr. 52, 1977, S. 22 (16. 12. 1977): »Die

Hauptkritik ist, daß mir die Atmosphäre sehr verkopft vorkommt. Die machen sehr viel Grundlagenseminare, die auch in der Uni stattfinden könnten.«

45. So etwa die Martinswerke e. V., örtliche Vereine zur Wohnraumbeschaffung, die Altbauten anmieten und für studentische und andere Wohngemeinschaften zur Verfügung stellen, oder die Sozialpolitischen Arbeitskreise (gemeinsame Gründung mit der KSG), die inzwischen ein eigener Bundesverband sind, oder der »Rechtshilfefonds für Ausländer e. V.« mit eigener überregionaler Zusammenarbeit. Dazu mandie örtliche Gründung, in Hamburg etwa die »AG Karolinenviertel«, die seit 1971 eine blühende Stadtteilarbeit aufgebaut hat und inzwischen eine selbständige Institution ist, nicht mehr von der ESG abhängig. Der »Therapeutische Club« München hat eine ähnliche Entwicklung durchgemacht. Das sind wenige Beispiel für viele.
- 45a. Peter Schneider, Rede auf einem teach-in Mai 1967 in der FU Berlin, nach: Hasselmann, Politische Gemeinde, Hamburg 1969, S. 161 f.
- 45b. Vgl. hierzu Friedrich Wilhelm Marquard, Studenten im Protest, Frankfurt 1968, S. 47 ff.
46. Helmut Gollwitzer in: Briefe zur Verteidigung der Republik 50, vgl. zum folgenden auch S. 51 ff.
- 46a. Dringend zur Lektüre zu empfehlen: Heinrich Böll, Wohin die Reise gehen kann (über das Buch von B. Vesper, Die Reise, in: Konkret, 1/1978, S. 34 ff., vgl. auch: Briefe zur Verteidigung der Republik, Hamburg 1977 (rororo-aktuell 580)).
47. »Wir haben hier bei den Studenten jede politische Couleur, die sich nur vorstellen läßt. Aber am wenigstens sind die da, von denen man erwartet hätte, daß sie kommen werden.« Mit diesen Studenten (sind) die bewußt nach rechts tendierenden Gruppen (gemeint).« So einer der von der Landeskirche eingesetzten Hamburger Hochschulpastoren über seine neu errichtete Arbeitsstelle für Seelsorge und Beratung. Vgl. Deutsche Zeitung, Nr. 52 (16. 12. 1977), S. 22 (Hervorhebung von mir).
48. Aus einem eigenen Aufsatz zum Thema Rechtfertigungslehre und Leistungsgesellschaft, ESG-Material Nr. 5, Stuttgart o. J. (1973).
49. Vgl. G. Wendland in: Solidarisation mit der neuen Linken? (Hrsg. Klaus Reblin), Der Kreis, Heft D 21, Stuttgart (Radius) 1969, S. 11.
50. Nach Hasselmann, a.a.O., S. 159 f. Dies Buch belegt sehr eindrucksvoll die Thesen der letzten Absätze.
51. G. Wendland, a.a.O., S. 25.
52. Vgl. hierzu W. Pressel in: Christentum und Sozialismus, Urban TB 629, Stuttgart 1974, S. 131 ff.
53. Protokoll der Synode vom 22. 2. 1973, S. 56.
54. ESG-Nachrichten Nr. 92, 18. 11. 1977, S. 17.
55. Ebd., S. 21 f. Vgl. Neue Stimme, 10/1977, S. 17, und Junge Kirche, 10/1977, S. 544.
56. Vgl. Alte und Junge in Darmstadt, ESG-Nachrichten Nr. 92, S. 5, 18 ff.; Neue Stimme, 10/1977, S. 20 f., und aus dem Aufsatz von H. Symanowsky in: Junge Kirche, 10/1977, S. 543, 548.

57. ESG-Nachrichten Nr. 92, S. 3 (Editorial); Neue Stimme, 10/1977, S. 19.
58. Vgl. z. B. die Zusammenstellung: Auf einem Auge blind, Unterwanderung der Kirche von rechts?, hrsg. von Klaus Ahlheim, K. Wiesinger, pdi 23, Wuppertal 1975, oder die Dokumentationen über ESG-Konflikte in Hamburg, Köln, Hannover (jeweils bei den Gemeinden erhältlich). Aufschlußreich dafür auch das Rotbuch Kirche, Stuttgart 1976, das der frühere Herausgeber der Zeitschrift Konservativ heute, Pastor Jens Motschmann, verfaßte!
59. Aus: ESG-Tübingen, Erklärung zum Beschluß der Evang. Landes-synode am 25. 10. 1977, hektographiert.
60. FDE Schleiermacher, 2. Sendschreiben an Lücke ThStKr. 1829, Sämtl. Werke I, 2, S. 614.
61. ESG-Nachrichten Nr. 92, S. 30; Neue Stimme, 10/1977, S. 16; Junge Kirche, 10/1977, S. 549.